

**FREIHEIT.
VERANTWORTUNG.
SOLIDARITÄT.**

**Gemeinsam für ein starkes und
selbstbewusstes Sachsen.**

Vertrag zwischen der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Landesverband Sachsen
und der
Freien Demokratischen Partei Deutschlands,
Landesverband Sachsen
über die Bildung der Staatsregierung für die
5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages

INHALT

Präambel	1
Haushalt und Finanzen	3
Wirtschaft und Verkehr	6
Arbeit	11
Bildung	13
Hochschulen und Forschung	19
Demografie	22
Familie, Soziales und Verbraucherschutz	24
Infrastruktur und Stadtentwicklung	30
Landwirtschaft, Umwelt und Energie	32
Kultur und Medien	37
Europa und internationale Beziehungen	42
Justiz und Recht	45
Innenpolitik und Sicherheit	48
Bürgernahe Verwaltung	52
Staatsmodernisierung	55
Zusammenarbeit der Koalitionspartner	56

1 **Präambel**

2

3 Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution blicken wir auf eine erfolgreiche Ent-
4 wicklung unseres Freistaates zurück. Die Sachsen haben mit Mut, Zuversicht und
5 Selbstbewusstsein ein neues Kapitel in der Geschichte ihres Landes aufgeschlagen.
6 Dank der großartigen Leistung aller Bürgerinnen und Bürger wurde im Freistaat viel
7 erreicht.

8 Gegenwärtig steht Sachsen vor neuen Herausforderungen. Der demografische Wandel,
9 die wirtschaftliche Entwicklung und der finanzielle Rahmen verlangen nach neuen
10 Antworten. Wir stellen uns diesen Aufgaben. CDU und FDP wollen auf der Basis ge-
11 meinsamer Werte und Überzeugungen die Zukunft gestalten. Wir wollen Sachsen als
12 leistungsfähiges, lebenswertes Land und als attraktive Heimat stärken.

13 Der Koalitionsvertrag steht für die gemeinsamen Ziele von CDU und FDP sowie für
14 eine zukunftsorientierte Regierungspolitik. Unser Blick richtet sich dabei über eine
15 Wahlperiode hinaus. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass Sachsen im Jahr
16 2020, nach dem Auslaufen des Solidarpaktes, finanziell auf eigenen Beinen steht.

17 Dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft, die wächst und neue Arbeitsplätze schafft.
18 Wir brauchen mutige Unternehmer, engagierte Arbeitnehmer und eine Landesverwal-
19 tung, die sich als Partner und Dienstleister versteht. Erst wirtschaftliches Wachstum
20 ermöglicht ein starkes und solidarisches Sachsen.

21 Die Zeiten sind nicht einfach. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir in Sachsen
22 schwierige Situationen erfolgreich meistern. Das gibt uns die Kraft und Zuversicht für
23 neue Herausforderungen. Wir setzen dabei auf die Werte der friedlichen Revolution,
24 auf die Ideen, den Optimismus und die Heimatverbundenheit der Menschen. Wir set-
25 zen auf die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen, auf Bürgersinn und Gemein-
26 samkeit.

27 Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung können wir stolz auf das Erreichte sein.
28 Sachsen hat viel zu bieten: exzellente Bildungschancen, ein beeindruckendes Wirt-
29 schaftspotenzial sowie eine hohe Bereitschaft zu Leistung und Solidarität. Darauf wol-
30 len wir aufbauen.

31 Wir werden uns jedoch nicht auf der Vergangenheit ausruhen. Wir werden den Frei-
32 staat modernisieren, damit unser Wohlstand im harten nationalen und internationalen
33 Wettbewerb weiter wachsen kann.

34 CDU und FDP vereint ein ehrgeiziges Ziel. Wir wollen Sachsen langfristig wieder
35 dorthin führen, wo es Anfang des 20. Jahrhunderts schon einmal stand. Damals gehör-
36 te Sachsen gemeinsam mit Böhmen und Schlesien zu den wirtschaftlich erfolgreichs-
37 ten Regionen in Europa. Daran wollen wir anknüpfen.

38 CDU und FDP werden für ein Sachsen arbeiten, das innerhalb Deutschlands und Eu-
39 ropas ein hohes Ansehen genießt. Unser Regierungshandeln orientiert sich dabei in

1 besonderem Maße an den Interessen kommender Generationen. Unser Ziel ist es, dass
2 alle Regionen in Sachsen an einer erfolgreichen Entwicklung des Landes beteiligt sind.

3 Die Vereinbarung zwischen CDU und FDP zur 5. Legislaturperiode steht unter dem
4 Titel „Freiheit. Verantwortung. Solidarität. - Gemeinsam für ein starkes und selbstbe-
5 wusstes Sachsen“. In diesem Sinne werden wir alle Freiräume schaffen, damit sich die
6 Potenziale unseres Landes entfalten und wir Sachsen in eine erfolgreiche Zukunft füh-
7 ren können.

1 **Haushalt und Finanzen**

2

3 *Die Situation der sächsischen Staatsfinanzen ist solide. Der sächsische Haushalt steht*
4 *für Generationengerechtigkeit. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt gegenwärtig an zweit-*
5 *niedrigster Stelle aller deutschen Länder. Seit 2006 werden keine neuen Kredite mehr*
6 *aufgenommen, sondern Schulden getilgt. Mit seinen hohen Investitionen leistet das*
7 *Land seinen Beitrag für den Ausbau der Infrastruktur und die Förderung von Wirt-*
8 *schaft und Innovation. Sachsen trifft Vorsorge unter anderem für künftige Versor-*
9 *gungsleistungen. Auch die Kommunen profitieren von der soliden Finanzpolitik.*

10

11 *Sachsen steht vor einem absehbaren Rückgang von Einnahmen. Die weltweite Finanz-*
12 *und Wirtschaftskrise belastet zudem den sächsischen Haushalt. Ein Ausgleich über*
13 *Verschuldung verbietet sich, da Verschuldung mittel- und langfristig die Spielräume*
14 *künftiger Generationen einschränkt. Die Haushalts- und Finanzpolitik ist ein gestal-*
15 *tendes Element der Politik.*

16

17 *Wir wollen die solide, vorausschauende und auf den Aufbau des Landes gerichtete*
18 *Politik der vergangenen Jahre fortführen, nachhaltige Haushaltsstrukturen schaffen*
19 *und dabei Risiken für einen generationengerechten Haushalt abwehren. Wir machen*
20 *Sachsen fit, damit Sachsen ab 2019 – wenn der Solidarpakt ausläuft - auf eigenen Bei-*
21 *sen stehen kann und gleichwohl haushalts- und finanzpolitische Spielräume geschaf-*
22 *fen werden.*

23

24

25 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

26

27

28 Wir richten unsere Haushalts- und Finanzpolitik an den Kriterien Stabilität, Solidität
29 sowie Nachhaltigkeit aus und halten an dem Grundsatz fest, dass die laufenden Aus-
30 gaben aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren sind.

31

32 Alle in dieser Vereinbarung enthaltenen Maßnahmen, die mit Mehrausgaben verbun-
33 den sind, müssen durch Minderausgaben an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

34

35 Wir werden weiterhin Schulden tilgen und abbauen.

1 Wir setzen uns für eine Verfassungsänderung ein, mit der ein Neuverschuldungsverbot
2 eingeführt und der Generationenfonds verankert wird.

3

4 Wir werden verstärkt Vorsorge für absehbare künftige Lasten wie zum Beispiel Ver-
5 sorgungsleistungen für Beamte und Richter treffen.

6

7 Auf Basis einer umfassenden Aufgaben- und Ausgabenkritik des Freistaats Sachsen
8 muss eine Absenkung der Verwaltungsausgaben erfolgen. Der Stellenbestand wird
9 unter Einbeziehung des Stellenabbaukonzepts 2010 angepasst. Ziel ist ein öffentlicher
10 Dienst in Sachsen, der in seiner Personalbemessung dem Durchschnitt der westdeut-
11 schen Flächenländer entspricht. Durch eine Flexibilisierung in der Personalwirtschaft
12 sollen Einstellungskorridore für junge, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
13 geschaffen werden. Zudem streben wir eine Budgetierung der Personalkosten an.
14 Fach- und Ressourcenverantwortung müssen aus einer Hand wahrgenommen werden.
15 Ein zentrales Controlling soll dazu die Steuerung erleichtern.

16

17 Wir werden die Vorgaben des Solidarpaktes II für den Aufbau Ost weiterhin einhalten.
18 Das heißt, die Solidarpaktmittel werden zweckgerecht eingesetzt. Dementsprechend
19 werden wir den hohen Anteil der Investitionen im Staatshaushalt beibehalten.

20

21 Der Kommunale Finanzausgleich bleibt weiterhin derart gestaltet, dass Freistaat und
22 Kommunen in gleichen Maßen an der Entwicklung der Steuereinnahmen teilhaben.
23 Dieser Gleichmäßigkeitsgrundsatz hat sich für die Leistungsfähigkeit der Kommunen
24 bewährt.

25

26 Wir streben die Einführung eines Flächenfaktors im Rahmen des Kommunalen Fi-
27 nanzausgleichs an und werden gegebenenfalls das Finanzausgleichsgesetz entspre-
28 chend anpassen.

29

30 Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken ebenso wie den kommunalen
31 Entscheidungsspielraum. Dazu muss der Finanzausgleich einen hohen Anteil unge-
32 bundener Mittel umfassen. Wir wollen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs
33 den Anteil der Mittel für Investitionen, den die Kommunen vom Freistaat Sachsen zur
34 Verfügung gestellt bekommen, auf hohem Niveau halten.

35

36 Wir halten an Regionalbudgets fest und prüfen die Ausweitung auf andere Bereiche.

37

1 Wir setzen uns beim Bund für ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem ein.
2 Deshalb wirken wir auf eine Vereinfachung und Systematisierung des deutschen Steuer-
3 errechts und auf eine Entlastung der berufstätigen Mitte unserer Gesellschaft bei Steuer-
4 ern und Abgaben hin. Dies schließt insbesondere die Lohnnebenkosten ein, die dauer-
5 haft auf unter 40 Prozent sinken sollen.

6

7 Wir unterstützen die bayerische Bundesratsinitiative für reduzierte Mehrwertsteuersät-
8 ze für Hotellerie und Gastronomie und prüfen die Ausweitung auf arbeitsintensive
9 Dienstleistungen.

10

11 Sachsen setzt sich für eine bundesweite Erbschaftssteuer ein, die im Hinblick auf die
12 Familienfreundlichkeit und die Unternehmensnachfolge nochmals überprüft wird.

13

14 Wir streben die Zusammenlegung der Oberfinanzdirektion mit dem Landesamt für Fi-
15 nanzen an.

16

17 Wir schaffen ein Kompetenzzentrum Public Private Partnership.

18

19 Wir werden die wirtschaftliche Betätigung und Beteiligungen des Freistaats im Hin-
20 blick auf ihre Wirtschaftlichkeit und Privatisierungsmöglichkeit überprüfen. Dies um-
21 fasst die Verstärkung externen Sachverständs in Kontrollgremien von Landesunter-
22 nehmen.

1 **Wirtschaft und Verkehr**

2

3 *Kleine und mittlere Unternehmen sowie Handel, Freie Berufe und Handwerk bilden*
4 *gemeinsam mit der Industrie das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Ihr Innovati-*
5 *onspotenzial trägt in hohem Maße zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes bei. Hand-*
6 *werk und Mittelstand schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie verdie-*
7 *nen unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dabei unterstützen wir*
8 *insbesondere die Weiterentwicklung regionaler und überregionaler Wachstumskerne.*

9

10 *Eine selbsttragende Entwicklung unserer mittelständisch und durch Branchenvielfalt*
11 *geprägten Wirtschaft bei hoher Beschäftigung ist das wichtigste Anliegen der Koaliti-*
12 *onspartner.*

13 *Auf den bisherigen positiven Entwicklungen aufbauend, werden wir die Wettbewerbs-*
14 *fähigkeit der sächsischen Wirtschaft in allen Teilen des Landes weiter erhöhen. Dazu*
15 *werden wir Anreize für Investitionen schaffen, Forschung und Entwicklung sowie die*
16 *Anwendung von Forschungsergebnissen in Unternehmen befördern und die Bemühun-*
17 *gen der sächsischen Wirtschaft unterstützen, genügend qualifizierte Fachkräfte und*
18 *ausgebildete Berufstätige auf allen Ebenen beschäftigen zu können. Wir schaffen für*
19 *die Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen, ein hohes Maß an unternehmerischer*
20 *Freiheit sowie serviceorientierte Unterstützung.*

21

22 *Wir werden stärker die Vorteile unseres Landes als Wirtschaftsstandort herausstellen.*
23 *Um die Bekanntheit und Attraktivität des Freistaats Sachsen zu erhöhen, soll mit einer*
24 *neuen Dachmarke eine breit angelegte Imagekampagne beginnen, die Wirtschaft, Wis-*
25 *senschaft, Tourismus, Kultur und Sport einschließt.*

26

27 *Die Auswirkungen der derzeitigen weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sind*
28 *noch ungewiss. Dabei bekennen wir uns klar zur sozialen Marktwirtschaft. Mit ihren*
29 *Grundsätzen Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsgerechtigkeit und fairem Wett-*
30 *bewerb schafft sie die Voraussetzungen für eine starke soziale Gesellschaft. Die Koali-*
31 *tion verpflichtet sich, die Bemühungen der verschiedenen Akteure wie Wirtschaft, Ge-*
32 *werkschaften, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Bewältigung der Krise zu*
33 *flankieren.*

34

35

36

37

38

1 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

2

3 Wir werden den Standort Sachsen stärken und Sachsens Standortvorteile herausstrei-
4 chen. Wir überprüfen die dazu bestehenden Vermarktungsstrukturen beispielsweise in
5 den Bereichen Wirtschaftsförderung, Außenhandel und Tourismus und streben die
6 Straffung und Beteiligung privater Dritter an. Wir schaffen Verbindungsbüros unter
7 Beteiligung der Wirtschaft in Tschechien und in Polen.

8

9 Wir werden ausreichend Flächen für die Ansiedlung von Betrieben bereitstellen.

10

11 Wir werden die Fördermöglichkeiten der EU und des Bundes optimal nutzen und un-
12 ser Augenmerk besonders auf das Wachstum bestehender und die Ansiedlung neuer
13 Unternehmen richten. Wir werden Existenzgründungen mit wirtschaftlich tragfähigen
14 Konzepten weiterhin unterstützen.

15

16 Wir streben eine Anschlussregelung für die bis zum Jahr 2013 verlängerte Investiti-
17 onszulage an und setzen uns für die Beibehaltung bewährter Förderinstrumente wie die
18 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ ein. In die-
19 sem Zusammenhang werden wir für Unternehmen in Sachsen den erleichterten Zu-
20 gang zur GA-Förderung über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängern.

21

22 Wir werden gewährleisten, dass in der gegenwärtigen Krise auch diejenigen Unter-
23 nehmen weiter Investitionszuschüsse erhalten können, die mit ihren Investitionen Ar-
24beitsplätze sichern. Rettungs- und Umstrukturierungsdarlehen werden im notwendigen
25 Umfang bereitgestellt.

26

27 Wir werden Planungs-, Vergabe-, Genehmigungs- und Förderverfahren nach Möglich-
28 keit vereinfachen und verkürzen. EU-Richtlinien sollen nur 1:1 umgesetzt werden.
29 Verwaltungsverfahren sollen unter anderem auch dadurch vereinfacht werden, dass
30 bestimmte Anträge innerhalb einer Frist als genehmigt gelten, wenn die zuständige
31 Behörde nicht widerspricht (sog. Genehmigungsfiktion).

32

33 Wir werden im Interesse von Handwerk und Mittelstand die Förderangebote übersicht-
34 licher gestalten und auf die Handlungsfelder konzentrieren, die für die Entwicklung
35 Sachsens und die Lebenslagen der Menschen nachhaltige Effekte erzielen. Wir wollen
36 alle Bereiche der Förderpolitik hinsichtlich Mittelstandsfreundlichkeit, Entbürokrati-
37 sierungspotenzial und verantwortlichem Umgang mit Steuermitteln überprüfen. Wir

1 werden die Umsetzung von Förderprogrammen verbessern und ein Qualitätsmanage-
2 ment einführen.

3

4 Darüber hinaus werden wir weiter alternative Förderinstrumente wie zum Beispiel
5 Bürgschaften, eigenkapitalähnliche Darlehen, stille Beteiligungen oder die vermehrte
6 Förderung durch revolvingende Fonds anstreben.

7

8 Wir halten an den differenzierten Fördersätzen zwischen kleinen, mittelständischen
9 und großen Unternehmen fest. Erhöhte Fördersätze außerhalb der Ballungszentren sol-
10 len auch künftig möglich sein. Bei den Verbundinitiativen im Freistaat Sachsen wollen
11 wir ein größeres Engagement der Wirtschaft erreichen.

12

13 Wir wollen das Gemeindegewirtschaftsrecht auf Auswirkungen für die sächsische Wirt-
14 schaft unter dem Aspekt der Subsidiarität überprüfen.

15

16 Wir werden uns auf europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die För-
17 derung von innovativen Schlüsselindustrien und -technologien möglich ist, damit diese
18 im weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig sind. Europäische Unternehmen und For-
19 schungseinrichtungen dürfen gegenüber ihrer Konkurrenz in Asien und Amerika nicht
20 schlechter gestellt sein.

21

22 Wir wollen die Innovations- und Forschungsförderung breit anlegen und die sächsi-
23 sche FuE-Förderung für mehr Unternehmen öffnen. Wir setzen uns für den Ausbau der
24 wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Forschungsinfrastruktur und einen effizien-
25 ten Technologietransfer ein und unterstützen eine noch intensivere Verzahnung mit der
26 Wirtschaft. Dafür werden wir neue Instrumente wie beispielsweise Innovationsgut-
27 schein erproben.

28

29 Wir setzen uns dafür ein, dass betriebliche Forschung und Entwicklung vor allem klei-
30 ner und mittlerer Unternehmen künftig steuerlich gefördert werden können.

31

32 Im Rahmen einer Innovationskampagne werden wir die Programme zur Unterneh-
33 mensgründung aus der Wissenschaft sowie zur Förderung von Innovationsassistenten
34 nutzen, um Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und sächsischen Unter-
35 nehmen zu stärken.

1 Wir werden die Mittelstandsförderung mit Blick auf Auslandsmärkte weiter profilie-
2 ren. Wir unterstützen Wirtschaft und Handwerk in Sachsen beim Schutz gegen Pro-
3 duktpiraterie.

4

5 Wir wollen das sächsische Handwerk stärken und dafür die Rahmenbedingungen mit
6 Blick auf Liquidität und Zahlungsmoral verbessern. Die Koalition wird Bemühungen
7 der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern zur Straffung ihrer
8 Strukturen unterstützen.

9

10 Wir werden die Initiative Elektromobilität vorantreiben und Sachsen zu einem Vorrei-
11 ter moderner Verkehrs- und Fahrzeugtechnologien machen.

12

13 Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir werden weiter in die touristi-
14 sche Infrastruktur investieren, das Tourismusmarketing sowie das Qualitätsmanage-
15 ment stärken. Wir wollen eine stärkere Verflechtung von Tourismus und Wirtschafts-
16 förderung erreichen.

17

18 Wir wollen die touristischen Angebote der ländlichen Regionen mit dem Städtetouris-
19 mus besser vernetzen und Sachsen insgesamt als Reiseziel national und international
20 etablieren.

21

22 Wir werden ein schlüssiges touristisches Leitsystem entwickeln und unter anderem die
23 Beschilderung von Sehenswürdigkeiten verbessern. Die Koalition regt die Ausweisung
24 einer landesweiten „Straße der sächsischen Industriekultur“ an. Die Koalition unter-
25 stützt die Entwicklung des touristischen Projekts der Dampfbahn-Route „Sächsische
26 Schmalspurbahnen“.

27

28 Rechtzeitig vor Ablauf der bestehenden sächsischen Vorschriften zum Ladenschluss
29 wird die Koalition eine Regelung verabschieden, die folgende Eckpunkte enthält:

30 1. Die Koalition schützt die Sonn- und Feiertagsruhe, die in Art.109 Abs. IV der Säch-
31 sischen Verfassung festgeschrieben ist in der derzeitigen rechtlichen Ausformung;

32 2. Die Ladenöffnungszeiten sind werktags (Montag-Samstag) 6 Uhr bis 22 Uhr;

33 3. Autowaschanlagen können sonntags betrieben werden;

34 4. Videotheken können sonntags zwischen 13 Uhr und 19 Uhr geöffnet sein.

35 Die Feiertagsruhe der bereits heute in Sachsen besonders geschützten Feiertage wird
36 weiterhin erhalten.

1

2 Wir setzen uns beim Eisenbahnverkehr gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich
3 dafür ein, dass die Engpässe im deutschen und europäischen Schienennetz beseitigt
4 und sächsische Städte und Regionen optimal an das Fernverkehrsnetz der Bahn ange-
5 schlossen werden. Hierzu gehören insbesondere der Ausbau der Strecke Dresden-
6 Berlin, der Neubau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke von Nord- bzw. Ostsee über
7 Berlin, Dresden und Prag nach Südosteuropa, die Anbindung von Chemnitz, Zwickau
8 und Plauen an den Schienenfernverkehr im ICE-Standard einschließlich der Fertigstel-
9 lung der Sachsen- Franken- Magistrale sowie deren Erweiterung von Breslau bis
10 Nürnberg.

11

12 Der Ausbau des bestehenden Straßennetzes ist Anliegen der Koalition. Wir machen
13 uns dafür stark, dass noch bestehende Lücken im Fernstraßennetz abgebaut, die beste-
14 henden Straßen in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert und weitere Ortsumgehungen
15 gebaut werden. Dabei unterziehen wir die bestehenden Standards beim Straßenbau ei-
16 ner Überprüfung hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

17

18 Wir setzen uns auf Bundesebene für ein schnelleres Planungsrecht ein. Wir wollen ein
19 intelligentes Verkehrsmanagementsystem erarbeiten, um gesamtwirtschaftliche Schä-
20 den durch Staus zu vermeiden.

21

22 Wir stellen sicher, dass die Flughäfen Dresden und Leipzig am internationalen Wett-
23 bewerb teilnehmen und darin bestehen können. Dazu gehört auch, dass das Luftdreh-
24 kreuz Leipzig sich unter veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen weiter entwi-
25 ckeln kann.

26

27 Wir setzen uns für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr und
28 Schienennahverkehr ein. Wir werden die Finanzierung des Öffentlichen Personennah-
29 verkehrs sichern und neue, flexible Angebotsformen entwickeln. Dazu gehören auch
30 ausgewählte Strecken attraktiver Schmalspurbahnen. Zugleich werden wir die weitere
31 Verknüpfung und Koordinierung der Verkehrsträger befördern.

32

33 Die Koalition wird auf Bundesebene Initiativen zur Liberalisierung des Busfernver-
34 kehrs unterstützen.

35

36

37

1 **Arbeit**

2

3 *Arbeit sichert den Menschen in Sachsen nicht nur ihren Lebensunterhalt. Sie vermittelt*
4 *soziale Kontakte und gibt dem Leben auch Sinn und Inhalt.*

5

6 *Sachsen benötigt noch mehr hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze. Voraus-*
7 *setzung dafür ist eine kluge Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsplätze, die wir wollen, sol-*
8 *len vor allem in Betrieben zu finden sein, die erfolgreich am Markt arbeiten – wir*
9 *brauchen Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt!*

10

11 *Wir werden denen, die ohne Beschäftigung sind, helfen wieder in Arbeit zu kommen.*
12 *Alter, jahrelange Arbeitslosigkeit oder Behinderungen dürfen kein Hindernis sein, um*
13 *auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Deshalb muss es weiter einen geförderten*
14 *Arbeitsmarkt als Übergangslösung und Hilfe zur Selbsthilfe geben. Wir bekennen uns*
15 *dabei klar zu dem Prinzip, dass derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch*
16 *nimmt, auch eine Gegenleistung für die Gemeinschaft erbringen soll.*

17

18

19 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

20

21

22 Wir stehen zum System der Tarifautonomie, das nicht durch einen gesetzlichen Min-

23 destlohn in Frage gestellt werden darf. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass

24 Beschäftigte mit geringen Einkommen Lohnkostenzuschüsse erhalten.

25 Zugleich erachten wir eine geförderte Beschäftigung als Hilfe zur Selbsthilfe für not-

26 wendig.

27

28 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Mittel aus dem Europäischen Sozial-

29 fonds (ESF) besser zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt genutzt werden sollen.

30 Dafür werden wir uns bei der ESF-Förderung auf die Bereiche Innovation, Beschäfti-

31 gung, Bildung sowie Integration in den ersten Arbeitsmarkt konzentrieren. Die Förde-

32 rung soll vorzugsweise wirtschaftsnah ausgerichtet sein.

33

34 Wir setzen uns im Rahmen der Betreuung der Arbeitslosen für eine Verlängerung des

35 Optionsmodells über den 31. Dezember 2010 hinaus ein und unterstützen andere Mög-

36 lichkeiten, damit die Kommunen auch in Zukunft im Bereich des SGB II eigenverant-

1 wortlich handeln können. Die Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten
2 muss gewährleistet bleiben.

3

4 Wir setzen uns dafür ein, Hemmnisse für diejenigen abzubauen, die im Alter freiwillig
5 weiter arbeiten möchten. Damit kann das Wissen und die Erfahrung älterer und aktiver
6 Beschäftigter besser genutzt werden.

7

8 Wir werden junge Menschen wie auch Unternehmen stärker für Entwicklungen auf
9 dem Arbeitsmarkt für Fachkräfte sensibilisieren, sowie Schülern in ihrer Berufs- und
10 Studienorientierung Hilfestellung geben.

11

12 Wir unterstützen die Beschäftigten und die Unternehmen, sich stärker an beruflicher
13 Fortbildung zu beteiligen. Entsprechende Möglichkeiten zur Qualifikation werden wir
14 auch Menschen ohne Arbeit anbieten.

15

16 Wir setzen uns für eine ergänzende und gezielte Zuwanderung von Fachkräften aus
17 dem Ausland ein und erstellen ein sächsisches Integrationskonzept. Wir setzen uns
18 dafür ein, die Möglichkeiten zur Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen
19 Qualifikationen insbesondere von Aussiedlern zu verbessern.

20

21 Wir werden uns für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Dazu
22 gehören familienfreundliche Arbeitszeiten genauso wie Betriebskindergärten. Der
23 Wiedereinstieg von Frauen und Männern nach der Elternzeit in den Beruf ist ein wei-
24 teres wichtiges Element.

1 **Bildung**

2

3 *Die im internationalen und nationalen Vergleich erfolgreiche Bildungspolitik werden*
4 *wir in Sachsen fortführen. Wissen und Bildung sichern die aktive Teilhabe an der Ge-*
5 *sellschaft und sind als Werte für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft un-*
6 *ersetzlich. Gut gebildete, sozial kompetente, weltoffene und kreative Menschen sind*
7 *die wichtige Grundlage für die künftige Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Un-*
8 *abhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft haben Kinder und Jugendliche*
9 *auch künftig einen Anspruch auf eine chancengerechte und individuelle Bildung, die*
10 *jedem Einzelnen den für ihn bestmöglichen Abschluss und Aufstieg durch Bildung er-*
11 *möglicht.*

12

13 *Kein Talent soll unentdeckt bleiben, kein Schüler soll zurückbleiben, deshalb sind In-*
14 *vestitionen im Bildungsbereich eine nachhaltige Zukunftspolitik. Bildung umfasst nicht*
15 *nur die Schulbildung oder Ausbildung. Die Koalition geht von einem ganzheitlichen*
16 *Bildungsansatz und dem humanistischen Bildungsideal mit einer umfassenden Ent-*
17 *wicklung der jungen Menschen aus. Die Verantwortung der Eltern, die Erziehung und*
18 *Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet dafür die Grundlage. Wir wollen die Quali-*
19 *tät der Bildungsangebote in Sachsen weiter verbessern.*

20

21

22 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

23

24

25 Wir werden den langfristigen Lehrerbedarf in Sachsen qualitativ und quantitativ absi-
26 chern. Dem Bedarf an sonderpädagogisch ausgebildetem Personal gilt unser besonde-
27 res Augenmerk.

28

29 Wir werden jungen Lehrern eine klare berufliche Perspektive geben. Studenten, die
30 jetzt ein Lehramtsstudium in einer benötigten Fächerkombination aufnehmen und in
31 entsprechender Qualität abschließen, erhalten eine Übernahmegarantie. Dazu wird ein
32 Einstellungskorridor notwendig. Des Weiteren werden wir die Stellenzahl für Refe-
33 rendare insbesondere mit Blick auf den fächerbezogenen Bedarf erhöhen und den
34 Vorbereitungsdienst auf ein Jahr verkürzen. Wir wollen die leistungsbezogene Vergü-
35 tung für Lehrer und eine hohe Flexibilität beim Personaleinsatz zwischen den Schul-
36 formen, insbesondere zur Bedarfsdeckung an beruflichen Schulen.

37

1 Flexible beziehungsweise längere Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen si-
2 chern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen die Vereinbarkeit von Be-
3 ruf und Familie verbessern. Dazu streben wir ein Modellprogramm „Flexibilisierung
4 der KITA-Öffnungszeiten über 18 Uhr hinaus zur Unterstützung berufstätiger Eltern
5 und Alleinstehender“ an. Wir halten gleichzeitig an der bewährten anteiligen Finanzie-
6 rung gleichmäßig durch Land, Kommunen und Eltern fest. Wir prüfen den Bedarf für
7 erweiterte Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen. Wir werden die Kommu-
8 nen im Bedarfsfall bei diesen Vorhaben im Rahmen von Modellprojekten unterstützen.
9 Dabei streben wir an, dass an bis zu 5 Prozent der Standorte ein flexibleres Angebot
10 vorgehalten wird.

11

12 Neben dem Angebot an Kindertageseinrichtungen in kommunaler, freier oder privater
13 Trägerschaft wird das Angebot von betrieblichen Kindertageseinrichtungen und Ta-
14 gespflagemüttern/-vätern unterstützt und weiterentwickelt.

15

16 Die Koalitionspartner schaffen gemeinsam mit den Kommunen auf Basis der Unter-
17 stützung des Bundes rechtzeitig die Voraussetzungen für die Umsetzung eines Rechts-
18 anspruches auf ein Betreuungsangebot ab dem vollendeten 1. Lebensjahr.

19

20 Wir werden die Qualität der vorschulischen Bildungsangebote und die Rahmenbedin-
21 gungen für die individuelle frühkindliche Bildung verbessern sowie an der Beitrags-
22 freiheit für das Vorschuljahr festhalten.

23

24 Wir werden eine verbindliche Erhebung besonders der sprachlichen Fähigkeiten der
25 Kinder einführen, und eine bedarfsgerechte Sprachförderung im Kindergartenalter um-
26 setzen.

27

28 Bereits frühzeitig sollen sich die Kleinsten in den Kindertagesstätten und Schüler in
29 den Grundschulen für praktische Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit Tech-
30 nik und Naturwissenschaften begeistern. Entsprechende Initiativen in den Bildungsein-
31 richtungen, wie Kooperationen mit Unternehmen oder der Stiftung „Haus der kleinen
32 Forscher“, werden unterstützt.

33

34 Zur weiteren Verzahnung von vor- und schulischer Bildung werden wir die Ergebnisse
35 der Evaluation des bisherigen Bildungsplans nutzen und einen „Bildungsplan bis 10
36 Jahre“ als gemeinsames Dach von frühkindlicher und Primarbildung erarbeiten.

37

1 Wir unterstützen den Fremdsprachenunterricht im Kindergarten- und Grundschulbe-
2 reich. Wir wollen das frühe Fremdsprachenlernen fördern.

3

4 Um die Bildungschancen unserer Kinder weiter zu erhöhen und die Eigenverantwor-
5 tung der Eltern zu stärken, wollen wir unser Schulsystem weiterentwickeln. Hierzu
6 schaffen wir eine verbesserte Durchlässigkeit durch mehr Übergänge auf das Gymna-
7 sium. In der 4. Klasse der Grundschule wird im Benehmen mit den Eltern eine Bil-
8 dungsempfehlung abgegeben. Die Bildungsempfehlung für das Gymnasium wird er-
9 teilt, wenn der Notendurchschnitt „gut“ (besser als 2,5) ist. Wir wollen die
10 Mittelschule als Kernstück unseres Schulsystems zur Oberschule weiterentwickeln.
11 Dazu werden wir die zweite Fremdsprache wie an den Gymnasien ab Klassenstufe 6
12 schrittweise anbieten. Gleichzeitig werden wir die Attraktivität der Abschlüsse durch
13 die Einbeziehung der Oberstufe des Beruflichen Gymnasiums verbessern. In der 6.
14 Klasse wird im Benehmen mit den Eltern eine Bildungsempfehlung ausgestellt, um
15 den Übergang auf das Gymnasium nach der sechsten Klasse zu ermöglichen. Um die-
16 sen Übergang auf das Gymnasium zu unterstützen, werden wir in der Klasse 5 und 6
17 Leistungsgruppen zur individuellen Förderung anbieten. Wir werden die Lehrpläne der
18 Mittelschule und des Gymnasiums mit dem Ziel der Angleichung überprüfen. Wir
19 streben eine stufenweise Einführung ab dem Schuljahr 2011/2012 an.

20

21 Wir werden zur Sicherung der Durchlässigkeit und zur Erhaltung der Ausbildungsqua-
22 lität in Mittelschulen und Gymnasien die Eltern bei ihrer Entscheidung für die weitere
23 Schullaufbahn ihrer Kinder intensiv beraten.

24

25 Die bisher genehmigten Schulversuche zur Gemeinschaftsschule werden abgeschlos-
26 sen und evaluiert.

27

28 Wir wollen den Anteil der Studienberechtigten erhöhen. Neben dem Gymnasium wol-
29 len wir das berufliche Gymnasium und die Fachoberschule als weitere Wege mit un-
30 terschiedlicher Geschwindigkeit zum Abitur beziehungsweise Fachabitur bekannter
31 machen.

32

33 Wir wollen die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse innerhalb Deutschlands verbes-
34 sern. Deshalb streben wir über den Zwischenschritt eines gemeinsamen Abiturs mit
35 anderen Bundesländern ein bundesweit einheitliches Abitur an.

36

37 Damit Übergänge in die Ausbildung, das Studium beziehungsweise den Arbeitsmarkt
38 ohne Brüche und Umwege erfolgen, wird die Berufs- und Studienorientierung in Ko-
39 operation mit außerschulischen Partnern gestärkt. Die Praktikamöglichkeiten für Leh-

1 rer und Schüler in Unternehmen werden wir erweitern. In Zusammenarbeit mit der
2 Wirtschaft wollen wir jedem Schüler ab Klassenstufe sieben einen Berufswahlpass zur
3 Verfügung stellen. Zur weiteren Verbesserung der Berufsorientierung wollen wir die
4 Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft stärken.

5

6 In dünn besiedelten ländlichen Regionen werden wir das öffentliche Schulnetz in einer
7 zumutbaren Erreichbarkeit für jeden Schüler sichern.

8

9 Wir wollen die Schulträger bei ihrer Aufgabe unterstützen, den baulichen Zustand von
10 Schulen einschließlich der Ausstattung mit Fachkabinetten zu verbessern.

11

12 Wir stimmen in der Wertschätzung freier Träger mit interessanten Konzepten für das
13 sächsische Schulwesen überein. Zur Evaluierung der Qualität und der Kosten verein-
14 baren die Koalitionspartner die Einholung eines Gutachtens, das die Berechnungsfor-
15 mel für die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft ebenfalls untersucht.

16

17 Die interkulturelle und sprachliche Kompetenz der sächsischen Schüler werden wir
18 befördern. Dafür soll die internationale Bildungskooperation weiter ausgebaut werden.
19 Insbesondere für Mittelschüler wollen wir die Grundlagen für einen längeren Schulbe-
20 such im Ausland schaffen.

21

22 Die Ganztagsangebote werden wir qualitativ weiter entwickeln. Dabei sollen die Schu-
23 len ihre Kooperation mit außerschulischen Partnern erweitern. Über den Bindungsgrad
24 ganztagsschulischer Angebote soll vor Ort entschieden werden.

25

26 Den Anteil der Schüler ohne Schulabschluss werden wir senken. Dazu werden wir die
27 Projekte wie „Produktives Lernen“ oder Lerncamps fortführen und ggf. ausbauen.

28

29 Wir wollen die schulpсихologische Betreuung in Zusammenarbeit mit freiberuflichen
30 Psychologen stärken.

31

32 Wir werden die Bemühungen um das integrative Lernen verstärken.

33

34 Wir werden für eine intensivere Vermittlung der DDR-Geschichte eintreten.

1

2 Wir werden darauf hinwirken, dass die Kooperation zwischen Schule und Kinderta-
3 geseinrichtungen auf der einen und Kinder- und Jugendhilfe auf der anderen Seite ver-
4 bessert wird. Bedarfsgerechte Angebote zur Schulsozialarbeit werden in Zusammenar-
5 beit mit den Kommunen angestrebt.

6

7 Wir werden die Eigenverantwortung der Schulen erhöhen. Gemeinsam mit der kom-
8 munalen Ebene sind unter anderem Fragen der Verankerung des Schulträgers und des
9 Trägers der Schülerbeförderung in der Schulkonferenz und der eigenverantwortlichen
10 Budgetverwaltung durch die Schule zu klären.

11

12 Wir prüfen ein Modellprojekt „Selbständige Schule“. In Zusammenarbeit mit den
13 Schulträgern sollen Schulen im Rahmen eines eigenen Budgets selbst über alle pädä-
14 gogischen, personellen und investiven Maßnahmen entscheiden können. Die Schulen
15 werden bei der Schaffung der pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen
16 beraten und unterstützt.

17

18 Wir werden die Entwicklung von regionalen Bildungslandschaften forcieren. Dazu
19 entwickeln die Landkreise und kreisfreien Städte Bildungskonzeptionen unter Einbe-
20 ziehung der regionalen Bildungsträger und weiterer Partner für alle Phasen des Le-
21 benslaufs.

22

23 Die Beruflichen Schulzentren sollen profiliert und zu regionalen Kompetenzzentren
24 für die berufliche Bildung entwickelt werden, die auch Aufgaben der Weiterbildung
25 übernehmen. Die Anpassung des Schulnetzes der berufsbildenden Schulen an die stark
26 rückläufigen Schülerzahlen wird durch die Änderung der rechtlich - organisatorischen
27 Rahmenbedingungen begleitet.

28

29 Die Öffnung staatlicher und kommunaler Bildungseinrichtungen, wie Schulen und
30 Hochschulen, zu „Häusern des Lebenslangen Lernens“ wird angestrebt.

31

32 Wir werden uns gegenüber dem Bund und der Wirtschaft dafür einsetzen, dem Trend,
33 immer stärker spezialisierte Ausbildungsberufe zu schaffen, entgegen zu wirken. Die
34 Einführung einer enger modularisierten Berufsausbildung soll geprüft werden.

35

36 Wir werden die duale Berufsausbildung stärken.

1

2 Wir werden in Gesprächen mit der Wirtschaft darauf hinwirken, dass Anreizsysteme
3 für Qualifikationen während der Lebensarbeitszeit in den Unternehmen oder Verwal-
4 tungen entwickelt werden.

1 **Hochschulen und Forschung**

2

3 *Sachsens Wissenschaftslandschaft ist durch eine große Vielfalt von profilierten techni-*
4 *schen sowie kultur- und geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten gekennzeichnet. Sie*
5 *erbringt exzellente Forschung und bietet attraktive Studien- und Umfeldbedingungen.*
6 *Wir werden die guten Bedingungen nutzen, um junge Menschen für ein Studium in*
7 *Sachsen zu gewinnen.*

8

9 *Zugleich befinden sich die Einrichtungen und Hochschulen im regionalen, nationalen*
10 *und internationalen Wettbewerb sowie in einem Prozess der Differenzierung und Ver-*
11 *netzung. All dies wird zu einer neuen Struktur der sächsischen Hochschul- und For-*
12 *schungslandschaft führen. Einzelne Einrichtungen sollen und werden internationale*
13 *Spitzenplätze belegen und somit die weltweite Bedeutung des Wissenschaftsstandortes*
14 *Sachsen untermauern. Ergänzend stellen sich andere Hochschulen und Einrichtungen*
15 *dem nationalen oder regionalen Wettbewerb auf hohem qualitativen Niveau und orien-*
16 *tieren sich an den nationalen und regionalen Bedarfen und Bedingungen. „Qualität in*
17 *der Breite“ sehen wir daher neben Exzellenz als gleichwertiges Ziel.*

18

19 *Wir wollen Sachsen als Ingenieurschmiede Deutschlands erhalten und gemeinsam mit*
20 *der Wirtschaft attraktive Bedingungen schaffen, damit mehr Absolventen nach ihrem*
21 *Studium in Sachsen bleiben.*

22

23 *Wir wollen attraktive Profile und gute Arbeitsbedingungen ausbauen, nutzen und regi-*
24 *onal, national wie auch international bekanntmachen. Dafür brauchen die Hochschu-*
25 *len ein hohes Maß an Freiheit und Eigenverantwortung.*

26

27

28 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

29

30

31 Wir bauen die Eigenverantwortung und Freiheiten der Hochschulen hinsichtlich ihrer
32 strategischen Orientierung sowie ihrer Personal- und Finanzausstattung aus. Dazu
33 werden wir das sächsische Hochschulgesetz weiterentwickeln. Staatliche Aufgabe ist
34 es vor allem, sich auf Zielvereinbarungen mit den Hochschulen und deren Einhaltung
35 zu konzentrieren. Davon soll wiederum das Ausmaß der öffentlichen Finanzierung ab-
36 hängen.

37

1 Wir werden Globalhaushalte konsequent einführen. Dabei müssen die Hochschulen
2 entsprechende Verantwortung übernehmen und Vorsorge treffen.

3

4 Wir sichern die Basis für die Entwicklung der Hochschulen durch eine solide Grundfi-
5 nanzierung und finanzielle Planungssicherheit.

6

7 Wir wollen, dass die Bezahlung beziehungsweise Besoldung von wissenschaftlichem
8 Personal und Professoren an den Wettbewerb und individuelle Leistungen angepasst
9 werden. Daher wirken wir darauf hin, dass die Hochschulen langfristig eigene Tarif-
10 verträge für das Wissenschaftspersonal abschließen können und die Professorenbesol-
11 dung für leistungsgerechte Vergütungen deutlich mehr Spielräume zulässt.

12

13 Wir streben die Möglichkeit stärker differenzierter Karrierepfade an den Hochschulen
14 an, innerhalb derer sich Wissenschaftler zeitweise oder grundsätzlich verstärkt der
15 Forschung oder Lehre widmen können.

16

17 Wir werden die Voraussetzungen verbessern, damit Hochschulen sich stärker durch
18 Dritte finanzieren lassen können und Anreize für die Einwerbung von Drittmitteln ver-
19 stärken.

20

21 Wir werden die Bachelor- / Master-Studienreform gemeinsam mit den sächsischen
22 Hochschulen evaluieren und weiterentwickeln.

23

24 Wir werden die hohe Qualität der Universitätsklinika und medizinischen Fakultäten
25 der beiden Universitäten Dresden und Leipzig sichern. Außerdem verzahnen wir diese
26 noch besser mit den anderen medizinischen Einrichtungen.

27

28 Wir werden die Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen un-
29 tereinander wie auch mit der Wirtschaft befördern. Ansätze und Projekte wie die Alli-
30 anz „DRESDEN-Konzept“ werden wir unterstützen. Sie sollen die Differenzierung
31 und Vernetzung der sächsischen Hochschullandschaft insgesamt voranbringen und
32 dazu beitragen, dass sächsische Hochschulen erfolgreich an der nächsten Phase der
33 Exzellenzinitiative teilnehmen.

34

1 Wir bekennen uns zur Freiheit der Forschung und unterstützen auch Bereiche wie die
2 grüne Gentechnologie, rote Biotechnologie, Nanotechnologie sowie die Kernsicher-
3 heitsforschung.

4

5 Wir unterstützen den Ausbau der Grundlagenforschung wie auch der wirtschaftsnahen,
6 anwendungsorientierten Forschungsinfrastruktur und werden dabei insbesondere die
7 Energieforschung stärken. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Errich-
8 tung eines Kompetenzzentrums „Ressourcen“ in Freiberg.

9

10 Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen und insbesondere die Berufsakademie
11 Sachsen qualifizierten Berufstätigen auch ohne Hochschulzugangsberechtigung Wei-
12 terbildungsangebote unterbreiten.

13 Wir wollen die Berufsakademie Sachsen weiterentwickeln.

14

15 Wir wollen der Lehramtsausbildung neue Impulse geben und die notwendigen pädä-
16 gogischen Fähigkeiten und Erfahrungen der angehenden Lehrer stärker fördern.

17

18 Sachsen wird keine gesetzlichen Studiengebühren festschreiben. Bei deutlicher Über-
19 schreitung der Regelstudienzeit sollen Gebühren erhoben werden. Wir wollen größere
20 finanzielle Handlungs- und Entscheidungsfreiheit für unsere Hochschulen.

21

22 Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes, das System der Studienfinanzierung zu
23 verbessern. Der Freistaat wird zusammen mit der Wirtschaft Stipendienprogramme für
24 Studierende und Doktoranden entwickeln.

25

26 Wir werden ressortübergreifend ein Konzept erarbeiten, um die Vereinbarkeit von
27 Studium und Familie zu verbessern und damit die Studienbedingungen in Sachsen
28 noch attraktiver machen.

29

30 Wir unterstützen die Hochschulen und Forschungseinrichtungen Sachsens, Existenz-
31 gründungen aus ihren Einrichtungen heraus gezielt und verstärkt zu befördern. Dabei
32 sollen Vorhaben begleitet und das notwendige „Existenzgründungswissen“ vermittelt
33 werden. Wir wollen zusätzliche Anreize für den Technologietransfer zwischen Wis-
34 senschaft und Wirtschaft schaffen.

35

36

1 Demografie

2

3 *Unser vorrangiges Ziel ist es, die Chancen des demografischen Wandels für eine inno-*
4 *vative und dynamische Entwicklung der sächsischen Regionen zu nutzen. Das schließt*
5 *ein, dass auch neue Wege der Regional- und Strukturentwicklung gegangen werden.*

6

7 *Im Land gibt es bereits viele Initiativen und Ansätze, um mit den Folgen der Bevölke-*
8 *rungsentwicklung umzugehen. Diese wollen wir verstärkt bündeln und koordinieren.*
9 *Den Dialog zwischen den Akteuren auf allen Ebenen wollen wir befördern. Die Ges-*
10 *taltung des demografischen Wandels kann aber nur gelingen, wenn unterschiedliche*
11 *Geschwindigkeiten und Wege im Rahmen einer Leitvorstellung des Landes zugelassen*
12 *werden und wenn die vielfach vorhandenen Ideen und Lösungsvorschläge differenziert*
13 *umgesetzt werden können.*

14

15

16 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

17

18

19 Die strategische Arbeit der Staatsregierung für eine erfolgreiche Gestaltung des demo-
20 grafischen Wandels werden wir weiter verstetigen und ein ressortübergreifendes
21 Handlungskonzept auf den Weg bringen.

22

23 Wir werden das Thema Demografie stärker in der parlamentarischen Arbeit des Säch-
24 sischen Landtags verankern und zugleich die Aktivitäten auf bundespolitischer Ebene
25 und innerhalb der EU intensivieren.

26

27 Die Informationsarbeit der Staatsregierung über gute Beispiele des praktischen Gestal-
28 tens vor Ort werden wir verbessern. Weitere Partner aus der Wirtschaft und Gesell-
29 schaft wollen wir in einen dauerhaften Dialogprozess einbeziehen.

30

31 Wir werden einen Beauftragten für Demografie als zentralen Ansprechpartner schaf-
32 fen.

33

1 Wir werden einen Demografiecheck einführen. Dazu werden unter anderem relevante
2 Rechtsvorschriften und kostenintensive Investitionsmaßnahmen unter dem Gesichts-
3 punkt der langfristigen Tragfähigkeit geprüft.

4

5 Wir werden einen Generationenpreis einmal pro Legislaturperiode ausloben.

6

7 Wir setzen uns dafür ein, dass aufgrund der differenzierten Entwicklung und der unter-
8 schiedlichen Betroffenheit der Menschen von den Folgen des demografischen Wan-
9 dels regional beziehungsweise lokal angepasste Lösungen umgesetzt werden können.
10 Die kommunale Handlungsautonomie wollen wir deshalb stärken. Das umfasst auch,
11 dass in den betroffenen Regionen von landesweiten Regelungen und Standards abge-
12 wichen werden kann.

13

14 In Modellregionen sollen Möglichkeiten der Standardöffnung, der innovativen Regio-
15 nalentwicklung oder einer abweichenden Organisation von Aufgaben erprobt und um-
16 gesetzt werden. Dazu sind beispielhaft Leitbilder als integrierte ressortübergreifende
17 Konzepte zu entwickeln.

18

19 Wir werden Initiativen und Projekte im Rahmen der bestehenden Förderprogramme
20 fördern, die geeignet sind, den Fachkräftebedarf zu sichern und insbesondere durch
21 Rückkehrer nach Sachsen Zuwanderungsgewinne zu erzielen. Die Familienfreundlich-
22 keit der Städte und Gemeinden wollen wir erhöhen, Innovationen in den Regionen
23 fördern.

24

25 Wir werden uns für ein neues EU-Programm und ein neues Bund-Länder-Programm
26 einsetzen, das auf Gebiete und Regionen ausgerichtet ist, die besonders vom demogra-
27 fischen Wandel betroffen sind. Das Programm soll das bestehende Landesprogramm
28 ergänzen und Gemeinden und Regionen gezielt unterstützen, damit die Chancen aus
29 dem demografischen Wandel genutzt werden.

1 **Familie, Soziales und Verbraucherschutz**

2

3 *Die Familie ist der erste und wichtigste Lernort für Eigenverantwortung und Solidari-*
4 *tät. Familien sind die elementaren Verantwortungsgemeinschaften unserer Gesell-*
5 *schaft. Unser Freistaat bietet eine gute Lebensgrundlage für Kinder und Familien al-*
6 *ler Generationen. Aufbauend auf den vorhandenen familienfreundlichen Vorhaben*
7 *wollen wir Familien ein verlässliches Umfeld für die Vereinbarkeit von Familie und*
8 *Beruf, aber auch für die Wahlfreiheit bezüglich der Kinderbetreuung bieten. Gleich-*
9 *zeitig wollen wir die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. Unser Ziel ist es, Sach-*
10 *sen zum familienfreundlichsten Bundesland zu machen.*

11

12 *Die medizinische Versorgung soll auf hohem Niveau flächendeckend gesichert und*
13 *weiterentwickelt werden. Zunehmende Bedeutung erlangt die gesundheitliche Vorsor-*
14 *ge. Gesundheitliche Aufklärung, Angebote zur Früherkennung und Angebote zur akti-*
15 *ven Gesundheitsvorsorge aller Generationen stehen im Vordergrund.*

16

17 *Aufgrund der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil pflegebedürftiger Men-*
18 *schen zu. Um pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes*
19 *Leben zu ermöglichen, benötigen sie und das persönliche Umfeld des zu betreuenden*
20 *und zu pflegenden insbesondere älteren Menschen (Familie, Verwandtschaft, Freunde)*
21 *eine differenzierte und abgestimmte Unterstützung.*

22

23 *Ehrenamtliches Engagement ist eine Grundlage für ein soziales Miteinander. Dafür*
24 *bedarf es eines hohen Maßes an Sensibilität und Mitwirkung der Bürgerinnen und*
25 *Bürger, um das Lebensumfeld zu gestalten, den Zusammenhalt zu stärken oder soziale*
26 *Unterstützung zu gewähren. Die Potenziale für bürgerschaftliches Engagement wollen*
27 *wir noch besser erschließen. Soziale Arbeit sollte daher bereits Kindern und Jugendli-*
28 *chen als Erlebnis und Sinnerfüllung nahegebracht werden.*

29

30

31 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

32

33

34 Wir wollen Eltern in ihrer Verantwortung für die Familien stärken. Wir unterstützen
35 ein selbstbestimmtes Familienleben im Freistaat Sachsen.

36

1 Wir wollen das Landeserziehungsgeld weiterentwickeln. Wir setzen uns beim Bund
2 für die Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting ein.

3

4 Angebote der Familienbildung in Kindertagesstätten und Schulen werden ausgebaut.

5

6 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu werden wir die
7 Auditierung von Unternehmen als familienfreundliche Betriebe weiter unterstützen
8 sowie ein Zertifikat für familienfreundliche Unternehmen erarbeiten und einführen.

9

10 Berufstätige Eltern und Alleinerziehende werden wir unterstützen durch die gezielte
11 Förderung von Betriebskindergärten und durch flexible Öffnungszeiten in Kinderta-
12 geseinrichtungen.

13 Wir wollen die Anzahl der flexiblen Angebote erhöhen und unterstützen die Bemü-
14 hungen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesstätten. Wir wollen den Einsatz von
15 Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds für zusätzliche flexible Angebote in der
16 Betreuung in Kindertagesstätten und für Tagesmütter prüfen.

17

18 Familienhebammen werden für die präventive Hilfe ausgebildet und eingesetzt. Ein
19 Netzwerk von Familienpaten wird aufgebaut.

20

21 Wir setzen uns für ein sicheres Aufwachsen und eine gesunde Entwicklung junger
22 Menschen in unserem Land ein. Dafür werden wir den präventiven Kinderschutz wei-
23 terentwickeln.

24 Wir wollen, dass die Bedürfnisse von Kindern mehr Gewicht bei politischen Entschei-
25 dungen bekommen.

26

27 Wir werden die Chancengleichheit bei Bildung und beruflicher Integration junger
28 Menschen in Sachsen fördern.

29

30 Wir werden den Schutz junger Menschen vor Gefährdungen im Suchtbereich verstär-
31 ken. Wir werden die Medienerziehung bei Kindern und Jugendlichen stärken, um die
32 Gefährdung durch Missbrauch und Sucht zu verhindern.

33

1 Wir werden die Kommunen auch weiterhin durch eine Jugendpauschale unterstützen
2 und die Kinder- und Jugendhilfe mit der Schulsozialarbeit verzahnen. Wir wollen Ni-
3 veau und Qualität der Angebote gerade auch im ländlichen Raum verbessern.

4

5 Die Gleichstellung von Mann und Frau ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden
6 darauf hinwirken, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

7

8 Die Koalitionspartner treten für die Solidarität der Generationen ein. Deshalb unter-
9 stützen wir Modelle und Projekte des generationenübergreifenden Lebens – beim
10 Wohnen, Ehrenamt und im alltäglichen Leben.

11

12 Wir werden das Gesundheitsziel „Aktives Altern“ umsetzen und die Gesundheitspo-
13 tentiale in der zweiten Lebenshälfte aktivieren.

14

15 Wir wollen auch künftig die Seniorinnen und Senioren in die weitere Entwicklung der
16 Alten- und Seniorenpolitik des Freistaates einbinden und ihnen so eine aktive Teilhabe
17 am öffentlichen Leben gewährleisten. Wir wollen Altersdiskriminierung verhindern.
18 Ehrenamtliche Alltagsbegleiter sollen unterstützungsbedürftigen Menschen helfen,
19 damit sie länger selbstbestimmt in ihrem häuslichen Umfeld leben können.

20 Die ältere Generation wird auch im Bereich der Wirtschaft und Dienstleistungen im-
21 mer wichtiger. Wir wollen erfahrene Seniorinnen und Senioren als Wirtschaftsmento-
22 ren gewinnen.

23

24 Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung in der Ge-
25 sellschaft. Dazu werden wir Kindern mit Behinderung den Zugang zur frühkindlichen
26 Bildung ermöglichen. Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Förderung, Betreuung und
27 Pflege älter werdender Menschen mit Behinderung erstellen. Wir wollen die Barriere-
28 freiheit in Sachsen verbessern. Dabei ist der Begriff der Barrierefreiheit umfassend zu
29 verstehen und nicht auf Menschen mit Behinderung beschränkt.

30

31 Wir setzen uns für die Verbesserung der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit
32 Behinderung am Arbeitsleben ein. Dazu werden wir eine Allianz zur Beschäftigungs-
33 förderung von Menschen mit Behinderung gründen.

34

35 Wir wollen für die Menschen in Sachsen die bestmögliche Gesundheitsversorgung.
36 Wir wollen Sachsen als leistungsfähigen und innovativen Gesundheitsstandort weiter-
37 entwickeln. Wir bekennen uns daher zu einer intensiven medizinischen Forschung in

1 Sachsen. Zusammen mit allen medizinischen Dienstleistern wie Krankenhäuser, nie-
2 dergelassene Ärzte, medizinische Versorgungszentren und Apotheken wollen wir die
3 sächsische Gesundheitswirtschaft stärken. Wir wollen einen Wettbewerb im Gesund-
4 heitswesen um die beste Leistung zu günstigsten Kosten. Wir werden qualitativ hoch-
5 wertige Angebote schaffen, die auch für Patienten außerhalb Sachsens attraktiv sind.
6 Gesundheitsförderung, Prävention und Aufklärung sind wichtige Eckpfeiler der Ge-
7 sundheitspolitik, die wir stärken wollen. Die mit verschiedenen Partnern erarbeiteten
8 Gesundheitsziele werden kontinuierlich umgesetzt und evaluiert.

9 Die Grundlage für eine hochwertige medizinische Versorgung in allen Regionen Sach-
10 sens sind unsere niedergelassenen Haus- und Fachärzte. Medizinische Versorgungs-
11 zentren können eine sinnvolle Ergänzung sein.

12

13 Wir werden Vorsorge für den künftigen Bedarf von Ärzten und Fachkräften wie auch
14 in anderen Heil- und Heilhilfsberufen treffen. Dazu werden wir:

15 - die Qualität der universitären Ausbildung mit dem Ziel der Steigerung der Ab-
16 solventenzahlen verbessern;

17 - die zentrale Vergabe von Studienplätzen in der Medizin abschaffen und die
18 Universitäten bei der Auswahl der Medizinstudenten unterstützen;

19 - das Stipendienprogramm für Medizinstudenten für eine Arztstätigkeit in unter-
20 versorgten Regionen fortsetzen, evaluieren, weiterentwickeln und ggf. auswei-
21 ten;

22 - die Allgemeinmedizin stärker in den Fokus der medizinischen Ausbildung rü-
23 cken;

24 - Programme zur Neugründung und Übernahme von Arztpraxen in Gebieten mit
25 besonderem Ärztebedarf fortführen und verbessern;

26 - weiterhin Ärzte aus dem Ausland anwerben;

27 - sächsische Zahnärzte in ihrer Forderung nach Vergütungsangleichung unter-
28 stützen (Bundesebene), um Abwanderung von Praxispersonal zu stoppen;

29 - die Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen so strukturieren, dass
30 die Durchlässigkeit der einzelnen Bildungsstufen bis zum Hochschulbereich
31 über gestufte Weiterbildungsmodul gewährleistet ist.

32

33 Um jungen Medizinern eine Chance für den Berufseinstieg zu geben, setzen wir uns
34 für den Erhalt und Ausbau von Lehrkrankenhäusern ein und streben die Ausweitung
35 der Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachärzte in besonders benötigten Bereichen an.

36

1 Neue regionale Strukturen zur medizinischen Versorgung mit optimaler Ressourcen-
2 steuerung und die Vernetzung der ambulanten, stationären und pflegerischen Sektoren
3 sollen unterstützt werden. Dafür werden wir unter anderem modellhaft das Projekt
4 „Carus Consilium Sachsen“ unterstützen.

5

6 Wir werden darauf hinwirken, dass die Länder ihre regionalen Steuerungsmöglichkei-
7 ten bei der Versorgung der Krankenversicherten beibehalten.

8 Wir werden die Krankenhaus- und Notfallversorgung entsprechend der demografi-
9 schen Entwicklung weiterentwickeln. Wir halten an den Gesundheitsuntersuchungen
10 in den Kindertagesstätten und Schulen fest. Dafür wollen wir in diesem Bereich die
11 Tätigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes für andere Ärzte weiter öffnen.

12

13 Wir wollen die Spendenbereitschaft für Organ- und Blutspenden durch Aufklärungs-
14 maßnahmen verbessern.

15 Die Palliativmedizin und die ambulante Hospizarbeit werden ausgebaut.

16

17 Wir setzen uns für eine sichere und qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung
18 durch niedergelassene Apotheker ein.

19

20 Wir werden die Altenhilfe und Pflegeangebote bedarfs- und bedürfnisgerecht nach
21 dem Prinzip „ambulanter vor stationärer Versorgung“ weiterentwickeln, damit die
22 Menschen in Sachsen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes und selbständiges
23 Leben führen können. Wir prüfen eine stärkere Delegierbarkeit von geeigneten Aufga-
24 ben in medizinischen Berufen mit dem Ziel, Bürokratie zu senken und neue Beschäfti-
25 gungsmöglichkeiten zu schaffen.

26

27 Wir werden die wohnungsnahen Pflegeberatung und das Pflegenetz ausbauen. Wir wol-
28 len die Qualität der Pflege weiter verbessern.

29

30 Wir werden für pflegende Angehörige die Unterstützungsmöglichkeiten erweitern und
31 Selbsthilfegruppen stärken. Wir werden darauf hinwirken, dass Angehörige ihren Be-
32 ruf und die Pflege Nahestehender besser vereinbaren können.

33

34 Wir werden bürgerschaftliches Engagement aller Generationen fördern. Wir wollen
35 darauf hinwirken, dass das Ehrenamt steuerlich stärker berücksichtigt wird.

36

1 Als attraktive Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement werden wir sachsen-
2 weit eine Ehrenamtskarte einführen.

3

4 Wir wollen Ehrenamtliche besser über Fortbildungsmöglichkeiten informieren und
5 ihnen den Zugang zu entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen erleichtern. Die Ini-
6 tiative „WIR FÜR SACHSEN“ werden wir fortführen.

7

8 Junge Menschen wollen wir für eine aktive gesellschaftliche Mitgestaltung gewinnen.
9 Dafür werden wir Projekte zur Demokratiebildung, zur sozialen oder umweltpoliti-
10 schen Arbeit oder zur Medienkompetenz bzw. -partnerschaft besonders fördern. Wir
11 wollen das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen besser anerken-
12 nen und werden die Möglichkeit schaffen, auf Wunsch ehrenamtliches Engagement
13 auf dem Schulzeugnis vermerken zu lassen. Wir prüfen, inwieweit sich ehrenamtliches
14 Engagement als Einstellungskriterium beim öffentlichen Dienst des Freistaats Sachsen
15 eignet.

16

17 Wir wollen die bürgernahe und kompetente Beratung sowie die Öffentlichkeitsarbeit
18 zum Verbraucherschutz verbessern. Wir wollen einen starken Verbraucherschutz.
19 Deshalb werden wir die Verbraucherschutzzentralen weiterhin finanziell unterstützen.

20

21 Wir werden die Initiative „KOMM in den Sportverein“ bezüglich der Klassenstufen 3
22 und 4 ausweiten.

23

24 Wir wollen die Sportstättenförderung fortführen.

25

26 Wir werden den Breiten- und Vereinssport im Rahmen des Zuwendungsvertrages wei-
27 terhin fördern. Dafür werden wir die Übungsleiter weiter unterstützen und an der Pau-
28 schale für Kinder- und Jugendgruppen festhalten.

29

30 Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen als Land des Leistungs- und Nachwuchsleis-
31 tungssports weiter entwickelt wird.

1 **Infrastruktur und Stadtentwicklung**

2

3 *Eine leistungsfähige und moderne Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur bietet gute*
4 *Standortvoraussetzungen, die Attraktivität Sachsens als Wirtschafts- und Lebensraum*
5 *aufzuwerten. Eine Aufgabe der Stadt- und Regionalentwicklung ist es, mit voraus-*
6 *schauenden und ganzheitlichen Strategien dafür Sorge zu tragen, dass alle Regionen,*
7 *Städte und Dörfer für Zukunftsaufgaben, wie demografische Entwicklung und zurück-*
8 *gehende finanzielle Spielräume gewappnet sind. Wesentliche Voraussetzung hierfür*
9 *ist, dass sich die Menschen der besonderen Stärken und Vorteile ihres Lebensraums*
10 *bewusst sind und diese eigenverantwortlich nutzen. Zudem bedarf es einer engen Ko-*
11 *operation und Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene.*

12

13 *Eine gezielte Unterstützung der Städte und Dörfer muss die wirtschaftlichen Entwick-*
14 *lungsmöglichkeiten der Menschen und den sozialen Zusammenhalt im Blick haben.*
15 *Darüber hinaus ist es unser Ziel, den Anteil an Wohneigentum zu erhöhen.*

16

17

18 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

19

20

21 Wir setzen uns weiter für die Solidarität zwischen Stadt und Land ein.

22

23 Wir werden den Landesentwicklungsplan fortschreiben.

24

25 Wir werden prüfen, inwieweit flexiblere Planungsinstrumente erforderlich sind, um
26 rechtssicher und zeitnah Planungsverfahren an gesellschaftliche Änderungsprozesse
27 anzupassen. Die Daseinsvorsorge wird auch in Zukunft sichergestellt .

28

29 Wir wollen die Eigentumsquote erhöhen. Vor allem junge Familien sollen gezielt bei
30 der Schaffung von Wohneigentum unterstützt werden. Dazu werden wir die Initiativen
31 und Inhalte zwischen der ländlichen Entwicklung und der Städtebauförderung intensi-
32 ver verbinden.

33

1 Wir werden auch künftig die Förderung des Stadtumbaus an integrierte Stadtentwick-
2 lungskonzepte koppeln. Deren hohen Stellenwert als Querschnittsaufgabe der Kom-
3 munen werden wir bei Fachförderentscheidungen berücksichtigen.

4

5 Die erfolgreiche Entwicklung und Erneuerung der Innenstädte und Stadtteilzentren
6 durch die Städtebauförderung wird konsequent fortgesetzt. Der Stadtumbau wird so-
7 wohl im Rückbau als auch in der Aufwertung unter Beachtung lokaler und sozialer
8 Besonderheiten weiterentwickelt.

9

10 Wir werden den familien- und generationengerechten Umbau von Stadt- und Wohn-
11 raum fortführen und insbesondere in öffentlichen Gebäuden der Barrierefreiheit be-
12 sondere Aufmerksamkeit widmen.

13

14 Wir wollen, dass die Umwelt- und Lebensqualität in den Städten weiter steigt. Natur-
15 nahe Lebensräume und Freiflächen sollen den Nutzungsmix in den Städten erweitern
16 und die Stadt als Wohnort im Grünen aufwerten.

17

18 Wir werden das Landesprogramm „Brachen“ fortführen und auf den Rückbau von
19 Wohnungen und die Renaturierung von brachgefallenen landwirtschaftlichen Gebäu-
20 den ausdehnen. Hierbei soll eine Verzahnung mit dem aufzubauenden System der
21 Ökokonten stattfinden. Die bauliche Wiedernutzung wird dabei in integrierten städti-
22 schen Lagen ausdrücklich unterstützt, so dass Innenentwicklungspotentiale genutzt
23 werden.

24

25 Wir streben beim Stadtumbau an, dass private Haus- und Grundstückseigentümer den
26 kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften gleichgestellt wer-
27 den.

28

29 Denkmalpflege ist Heimatpflege und Bewahrung von geistigen Werten und menschi-
30 chen Leistungen zugleich. Wir wollen den Denkmalschutz im Ausgleich zwischen
31 denkmalpflegerischen und wirtschaftlichen Aspekten mit Augenmaß weiterentwi-
32 ckeln. Das sächsische Denkmalschutzgesetz wird mit dem Ziel einer Harmonisierung
33 mit anderen tangierenden Rechtsgebieten, einer Vereinfachung des Förderrechts und
34 einer Erleichterung im Verfahrensablauf weiterentwickelt. Außerdem werden wir den
35 „Ensemble“- Begriff einführen, der Erleichterung für die Denkmaleigentümer mit sich
36 bringt. Wir werden das Denkmalschutzgesetz mit dem Ziel der Deregulierung novel-
37 lieren und die Verfahren im Denkmalschutz beschleunigen.

1 **Landwirtschaft, Umwelt und Energie**

2

3 *Eine gesunde Umwelt und eine reizvolle Natur tragen zur Attraktivität Sachsens und*
4 *zu einer hohen Lebensqualität im Freistaat bei. Im Bereich des Umweltschutzes ist in*
5 *den vergangenen 20 Jahren viel erreicht worden. Luft, Flüsse und Seen sind wieder*
6 *sauber und die Abfallentsorgung hat einen hohen Standard. Die Landwirtschaft ist*
7 *wettbewerbsfähig. Ihre Stärken wollen wir erhalten und ausbauen.*

8

9 *Sachsen ist eine relativ dicht besiedelte und industrialisierte Region, die sich sowohl*
10 *dem demografischen Wandel als auch dem Klimawandel gegenüberstellt. Hierauf stel-*
11 *len wir uns ein – sowohl in der Infrastruktur als auch beim Klimaschutz und der Kli-*
12 *maanpassung. Der Schutz und die Entwicklung der natürlichen Ressourcen erfolgt im*
13 *Einklang mit den Interessen von Bürgern und Wirtschaft. Ein verantwortungsvoller*
14 *Umwelt- und Klimaschutz setzt dabei auf Augenmaß und Vernunft. Der ländliche*
15 *Raum in Sachsen muss mit den städtischen Zentren noch besser vernetzt werden um*
16 *Potenziale besser zu nutzen.*

17

18 *Das Leitbild der Nachhaltigkeit, mit dem Ziel die Schöpfung zu bewahren, ist die*
19 *Grundlage unserer Politik. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Umwelt und*
20 *die kommenden Generationen bewusst und sehen Umweltschutz sowie Energieerzeu-*
21 *gung darüber hinaus als immer bedeutsamer werdende Wirtschafts- und Innovations-*
22 *motoren.*

23

24 *Eine vernunftbetonte Umweltpolitik trägt zur Attraktivität Sachsens als Wohn- und*
25 *Wirtschaftsstandort bei. Mit einem ausgewogenen Mix der Energieträger wird dafür*
26 *gesorgt, dass die Energieversorgung für Bürger und Unternehmen zuverlässig und*
27 *bezahlbar bleibt. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz können Ressourcen*
28 *sparen und damit die Umwelt schonen. Die Koalitionspartner sehen sich einer Ener-*
29 *giepolitik verpflichtet, die unter Gewährung fairer Wettbewerbsbedingungen und unter*
30 *Beachtung klimapolitischer Ziele bezahlbare Energiepreise für Bürger und Unterneh-*
31 *men bei gleichzeitig hoher Versorgungssicherheit anstrebt.*

32

33 *Umwelt- und Lebensqualität sind jedoch nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch*
34 *von Wirtschaft und Verbrauchern. Aufklärung, Transparenz und Kooperation werden*
35 *deshalb Markenzeichen unserer Umweltpolitik sein.*

36

37

38

1 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

2

3

4 Wir setzen uns für eine stärkere Marktausrichtung und Wettbewerbsfähigkeit der säch-
5 sischen Landwirtschaft ein. Dazu gehört, dass EU-Richtlinien nur 1:1 umgesetzt wer-
6 den sollen. Wir werden prüfen, ob darüber hinaus gehende Regelungen zurückgeführt
7 werden können.

8

9 Wir unterstützen die Vermarktung und den Export von sächsischen Agrarprodukten
10 und Lebensmitteln. Die bestehenden Strukturen und Konzepte des Agrarmarketings
11 sollen verbessert und zu diesem Zwecke evaluiert werden.

12

13 Wir unterstützen die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft. Dabei halten
14 wir an einer hohen Investitionsförderung fest. Alle landwirtschaftlichen Betriebe sol-
15 len sich unabhängig von Eigentumsform und Unternehmensgröße gleichermaßen ent-
16 wickeln können.

17

18 Wir unterstützen auf Bundesebene die Prüfung einer steuerbegünstigten Risikoaus-
19 gleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe.

20

21 Wir werden die Berufsausbildung in den mit Bundesmitteln geförderten überbetriebli-
22 chen Ausbildungsplätzen aus Landesmitteln fortsetzen.

23

24 Wir sehen die Entwicklung der Kulturlandschaft und den Naturschutz als gesamtge-
25 sellschaftliche Aufgabe. Wir bekennen uns zu einer Honorierung dieser Gemeinwohl-
26 leistung.

27

28 Wald ist ein wichtiger Erholungsraum. Wir werden den Staats-, Körperschafts- und
29 Privatwald erhalten und mehren. Als Teil des sächsischen Natur- und Kulturerbes wol-
30 len wir den Wald als offenen Ort für Freizeit, Erholung und Sport bewahren und ihn
31 gleichzeitig als forst- und holzwirtschaftlichen Nutzraum stärken. Dabei steht der
32 Waldumbau zur Sicherung der Gemeinwohlleistung, zur Holzversorgung und als Vor-
33 sorge für den Klimawandel im Mittelpunkt.

34

35 Wir wollen bis 2012 noch mehr Reitwege ausweisen und die Vernetzung deutlich
36 verbessern.

1

2 Wir unterstützen forstliche Zusammenschlüsse und das enge Zusammenwirken von
3 Waldbesitzern, Wissenschaft, Handwerk und Verarbeitern.

4

5 Wir wollen den Sachsenforst weiterentwickeln. Dazu werden die bisherigen Ergebnis-
6 se der Kommunalisierung von Teilaufgaben evaluiert.

7 Wir werden die Teichwirtschaft in Sachsen weiterhin fördern.

8

9 Wir wirken darauf hin, die Vielfalt an Ökosystemen und Arten sowie die genetische
10 Vielfalt innerhalb der Arten zu bewahren. Die Entwicklung der Kulturlandschaft und
11 den Naturschutz sehen wir als gemeinsame Aufgabe aller. Die Lebensqualität in den
12 Städten soll weiter steigen. Weitere Grünflächen, Parks, innerstädtische Grüngürtel,
13 sollen dazu beitragen, dass in den Städten naturnahe Lebensräume entstehen bezie-
14 hungsweise erhalten bleiben. Ein modernes Umweltrecht ist ein Standort- und Wett-
15 bewerbsvorteil. Bestehende Regelungen sind im Sinne einer Vereinfachung zu über-
16 prüfen. Beim Vollzug des Umweltrechts sind im Sinne schneller, transparenter
17 Entscheidungen vorhandene Ermessensspielräume zu nutzen.

18

19 Wir treten für die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Luftreinhaltung ein. Fahrver-
20 bote in Städten und Gemeinden sind für uns nur das letzte Mittel. Zuvor sind alle ande-
21 ren Alternativen zur Erreichung der Umweltziele wie zum Beispiel Stadtbegrünung,
22 Staubminderungskonzepte bei Baustellen und intelligente Verkehrslenkungskonzepte
23 auszuschöpfen.

24

25 Wir erhalten einen ausgewogenen Energieträgermix mit der heimischen Braunkohle
26 und erneuerbaren Energien. Dabei sind die Aspekte der Energiesicherheit, Grundlast-
27 fähigkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit für uns von
28 herausgehobener Bedeutung. Wir streben bei der Nutzung der Braunkohle den Einsatz
29 modernster und effizientester Technologien an und werden den Anteil erneuerbarer
30 Energien am Bruttostromverbrauch in Sachsen bis 2020 auf mindestens 24 Prozent
31 erhöhen. Dazu kommt der Nutzung von Biomasse, Solarenergie, Geothermie und dem
32 Repowering von Wasser- und Windkraftwerken eine besondere Bedeutung zu. Auf
33 Bundesebene werden wir uns für die Weiterführung der Sanierung ehemaliger Braun-
34 kohletagebauegebiete über das Jahr 2012 hinaus einsetzen.

35

36 Den 2008 verabschiedeten Aktionsplan „Klima und Energie“ wollen wir zu einem
37 sächsischen Energieprogramm weiter entwickeln. So sollen die CO₂-Emissionen bis
38 2020 gegenüber dem Jahr 2006 um 23 Prozent sinken. Wir werden die vorhandenen
39 Klimaprojektionen weiterentwickeln, die Sächsische Klimadatenbank weiterführen

1 und für verschiedene Bereiche Anpassungsstrategien an den Klimawandel für Sachsen
2 erarbeiten.

3

4 Wir unterstützen die Errichtung von Solaranlagen auf insgesamt 20.000 qm Dachflä-
5 che öffentlicher Gebäude und vermarkten diese Möglichkeit öffentlichkeitswirksam.

6

7 Sachsen unterstützt die Entwicklung energieautarker Kommunen einschließlich ent-
8 sprechender kommunaler Zusammenarbeit.

9

10 Wir sehen den Freistaat als Bauherrn in einer Vorbildfunktion für die Energieeffizienz
11 bei Neubau und Sanierung staatlicher Gebäude.

12

13 Wir werden denkmalpflegerische und baurechtliche Regelungen im Sinne höherer
14 Energieeffizienz besser verknüpfen und entsprechende Hemmnisse abbauen.

15

16 Wir wollen, dass dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen insbesondere dort zum Ein-
17 satz kommen, wo dies wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch vertretbar ist und leisten
18 entsprechende Unterstützung.

19

20 Wir räumen dem präventiven Hochwasserschutz nach den Erfahrungen des August-
21 hochwassers 2002 weiterhin besondere Priorität ein und werden das in der Folge auf-
22 gelegte Hochwasserschutzinvestitionsprogramm weiter umsetzen.

23

24 Wir bekennen uns zur Bewahrung der Natürlichkeit der Elbe. Wir wollen keinen Aus-
25 bau der Elbe beispielsweise mit Staustufen.

26

27 In der Wertstoffwirtschaft hat die Abfallvermeidung Vorrang. Bei der Abfallverwer-
28 tung und -beseitigung werden wir für weitestgehende Transparenz sorgen. Zu diesem
29 Zweck werden wir die elektronischen Verfahren zur Informationsübermittlung und zur
30 Dokumentation ausbauen. Wir setzen uns beim Bund für wirtschaftlich sinnvolle Lö-
31 sungen bei Kreislauf- und Abfallwirtschaft ein.

32

33 Wir setzen uns für Lärmsanierung an hoch belasteten Straßen in den Städten und
34 Gemeinden ein.

1

2 Die wachsende und innovative Umwelttechnikbranche Sachsens werden wir unterstüt-
3 zen.

4

5 Wir werden den ständig steigenden Flächenverbrauch mindern. Dazu sollen landes-
6 weite Ökokonten verstärkt genutzt werden.

7 Eine weiße Liste soll die Erfolgsbilanz Sachsens beim Arten- und Naturschutz doku-
8 mentieren.

9

10 Wir werden in den Förderprogrammen zum ländlichen Raum regionale Initiativen un-
11 terstützen. Die Besonderheiten ländlicher Regionen müssen berücksichtigt werden.
12 Dies betrifft den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere schnelle Internetzugänge, ge-
13 nauuso wie vielfältige Bildungsangebote vor Ort. Die Infrastruktur der Daseinsvorsorge
14 muss erhalten bleiben.

15

16 Wir werden die Einführung von Regionalbudgets in den Regionen prüfen und voran-
17 bringen. Dazu sind auch die Erfahrungen aus dem europäischen Programm zur Ent-
18 wicklung des ländlichen Raums zu nutzen und die Fördertatbestände an die demogra-
19 fische Entwicklung anzupassen.

20

21 Wir wollen mobile Angebote, zum Beispiel mobile Verwaltungsdienstleistungen, Ge-
22 sundheitsdienstleistungen, Bibliotheken oder Handelseinrichtungen für die Versorgung
23 in dünn besiedelten Räumen unterstützen.

24

25 Die Mittelstädte werden wir für die Stabilisierung des ländlichen Raums stärken. Ihre
26 Funktion als Wirtschafts-, Arbeitsplatz-, Bildungs- und Kulturzentrum ist auszubauen.

27

28 Wir werden Modelle der integrierten gesundheitlichen Versorgung und der Pflege älte-
29 rer Menschen unterstützen.

1 **Kultur und Medien**

2

3 *Kunst und Kultur sind für Sachsen prägend und identitätstiftend und gehören zum*
4 *sächsischen Selbstverständnis. Darüber hinaus tragen sie zur Attraktivität des Landes*
5 *bei und sind ein entscheidender Faktor für den Tourismus.*

6

7 *Kulturelle Vielfalt zu bewahren und zu entwickeln heißt, das Land attraktiv und le-*
8 *benswert zu erhalten. Kultur umfasst so unterschiedliche Bereiche wie Brauchtums-*
9 *pflege, historische Bildung, Denkmalschutz, die sächsischen Museen, Theater oder*
10 *Orchester aber auch neue Formen künstlerischer Kreativität.*

11

12 *Der Freistaat Sachsen leistet die höchsten Pro-Kopf-Kulturausgaben aller deutschen*
13 *Länder und hat mit dem Kulturraumgesetz ein deutschlandweit einzigartiges und viel*
14 *beachtetes Instrument der Kulturförderung in den Regionen geschaffen. Große Auf-*
15 *merksamkeit verdient auch die Kultur- und Kreativwirtschaft, die einen wichtigen Stel-*
16 *lenwert einnimmt.*

17

18 *Sachsen ist Heimat der Sorben mit ihrer eigenen Sprache und Kultur.*

19

20 *Die Medienlandschaft und Medienwirtschaft in Sachsen hat sich positiv entwickelt.*
21 *Freie und unabhängige, für jeden Bürger zugängliche Medien spiegeln das reichhalti-*
22 *ge kulturelle Leben wider und ermöglichen den breiten Diskurs über kulturelle The-*
23 *men, Sport, Unterhaltung und Politik.*

24

25

26 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

27

28

29 Wir unterstützen die Vielfalt der sächsischen Kultur und werden die Kulturförderung
30 auf dem hohen Niveau fortführen.

31

32 Wir werden die Förderung einzelner Projekte und Kultureinrichtungen bewerten und
33 gegebenenfalls anpassen. Wir wollen Spielräume in der öffentlichen Kulturfinanzie-
34 rung nutzen, um innovativen Kulturprojekten bessere Chancen zu geben.

1

2 Wir werden die großen Kultureinrichtungen dabei unterstützen, verstärkt eigene Erträ-
3 ge und einen höheren Kostendeckungsgrad zu erwirtschaften, damit sie ihre überre-
4 gionale und internationale Bedeutung erhalten und ausbauen können.

5

6 Wir wollen die im Besitz des Freistaates Sachsen befindlichen Schlösser, Burgen, Gär-
7 ten und andere historische Anlagen stärker für die öffentliche und wirtschaftliche Nut-
8 zung öffnen. Die Nutzung muss die historische Dimension und den Charakter der je-
9 weiligen Anlage wahren.

10

11 Wir setzen uns dafür ein, dass die Profile der Museen, Orchester und Theater stärker
12 herausgearbeitet und Synergien genutzt werden. Dabei sollen engere Kooperationen,
13 neue Organisationsformen sowie gegebenenfalls Fusionen geprüft und umgesetzt wer-
14 den.

15

16 Wir werden die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur auf hohem Niveau wei-
17 terführen. Die sorbische Sprache ist unverzichtbar zur Stärkung und Sicherung des
18 sorbischen Lebens im Alltag. Wir werden deshalb eine Konzeption zur Ermutigung
19 und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache im öffentlichen Leben inner-
20 halb des sorbischen Siedlungsgebiets erarbeiten und deren Umsetzung fördern. Allen
21 Kindern im sorbischsprachigen Raum soll eine aktive sorbisch-deutsche Zweispra-
22 chigkeit in Kindergärten und Schulen ermöglicht werden. Dazu werden wir die Aus-
23 und Fortbildungsangebote für Erzieher und Lehrer fortsetzen und ein ausreichendes
24 schulisches Bildungsangebot im Zusammenwirken mit den Schulträgern vorhalten.

25

26 Die Stiftung für das sorbische Volk trägt dazu bei, sorbische Sprache, Kultur und Tra-
27 dition zu erhalten. Wir sehen die angemessene finanzielle Ausstattung der Stiftung als
28 Rechtspflicht der Bundesrepublik Deutschland und der Länder Brandenburg und Sach-
29 sen und werden uns für deren dauerhafte Absicherung einsetzen.

30

31 Wir bekennen uns zur Wahrung und Pflege des industriellen Erbes Sachsens. Wir wol-
32 len eine Stiftung „Sächsische Industriekultur“ gründen, die das industriekulturelle Erbe
33 bewahrt und es für die Jugend, aber auch die Gäste des Freistaates erlebbar macht. In
34 diesem Rahmen sollen Unternehmen, Landkreise und Städte sowie das Land ihre Ver-
35 antwortung gemeinsam wahrnehmen.

36

37 Wir beauftragen ein inhaltliches und räumliches Konzept zur Errichtung eines sächsi-
38 schen Nationalmuseums zur umfassenden Vermittlung der sächsischen Geschichte und

1 Kultur. Das Nationalmuseum soll sich neben der Identität stiftenden Wirkung als Haus
2 der Geschichte vor allem auch an Kinder und Jugendliche wenden und gesellschafts-
3 politische Bildung vermitteln.

4

5 Wir wollen das Japanische Palais zum „Porzellan-Schloss“ der Staatlichen Kunst-
6 sammlungen Dresden machen und es als Museum mit internationaler Ausstrahlung
7 etablieren.

8

9 Wir werden die kulturelle Bildung von Jugendlichen ausbauen und dazu die Kulturein-
10 richtungen des Freistaates stärker einbeziehen. In diesem Zusammenhang soll auch die
11 kulturelle Bildung an den Schulen intensiviert werden. Wir setzen uns für einen freien
12 Eintritt von Jugendlichen bis 16 Jahre in die staatlichen Museen ein.

13

14 Wir setzen uns für den Erhalt des Systems von Bibliotheken von Land und Kommunen
15 ein und ermöglichen so weiterhin die flächendeckende Nutzung von Literatur und Me-
16 dien.

17

18 Wir verstehen Kultur als Brücke zum internationalen Austausch. In Verbindung mit
19 dem Standortmarketing und der Tourismuswerbung wird die sächsische Kultur zu ei-
20 nem Markenzeichen für den Freistaat weiter ausgebaut.

21

22 Wir unterstützen die Pflege von Kultur und Traditionen der Vertriebenen. Wir wollen
23 die Integration von Spätaussiedlern stärker unterstützen und werden dazu einen Lan-
24 desbeauftragten schaffen.

25

26 Wir werden die Erinnerung an die Opfer von nationalsozialistischer und kommunisti-
27 scher Diktatur insbesondere an den Gedenkorten in Sachsen wach halten und würdi-
28 gen. Die dafür bestehenden Strukturen werden überprüft und angepasst.

29

30

31 Wir wollen eine vielfältige Medienlandschaft mit freien und unabhängigen Medien in
32 allen Bereichen von Fernsehen, Hörfunk, Online-Medien, Zeitungs- und Verlagswesen
33 sowie Film erhalten, festigen und ausbauen.

34

35 Wir wollen, dass der Zugang zu einem vielfältigen Medienangebot für alle Mediennut-
36 zer dauerhaft und bezahlbar erhalten bleibt.

1

2 Medienrecht ist und bleibt Ländersache. Tendenzen, medienrechtliche und medienpo-
3 litische Kompetenzen im Bund zu zentralisieren oder zur EU zu verlagern, werden wir
4 entschieden entgegnetreten. Wir setzen uns für ein Medienrecht ein, dass ein möglichst
5 breites und vielfältiges Medienangebot zulässt.

6

7 Wir wollen eine Reform des Finanzierungssystems des öffentlich-rechtlichen Rund-
8 funks erreichen, mit der durch Transparenz, Klarheit, Einfachheit, Gerechtigkeit und
9 Sparsamkeit die Akzeptanz des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks
10 auf Dauer erhalten bleibt.

11

12 Sachsens private Fernsehlandschaft ist geprägt durch ein breites Angebot lokaler und
13 regionaler TV-Veranstalter. Hier wird Fernsehen vor Ort für die Menschen gemacht
14 und hier werden Information und Kultur aus der unmittelbaren Umgebung medial er-
15 fahrbar. Deshalb wollen wir auch zukünftig eine vielfältige lokale und regionale Fern-
16 sehlandschaft erhalten.

17

18 Wir setzen uns dafür ein, dass der barrierefreie Zugang für Gehörlose zum öffentlich-
19 rechtlichen Fernsehen verbessert wird.

20

21 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung zum Wohle der Menschen nutzen, denn
22 sie erhöht nicht nur die Vielfalt der Angebote sondern sichert eine effiziente Nutzung
23 der Übertragungsinfrastruktur. Die Digitalisierung des Hörfunks in Sachsen erfolgt
24 dabei in enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern. Daran sollte sich auch
25 der endgültige Termin für eine Abschaltung der UKW-Frequenzen in Sachsen orien-
26 tieren, eine alleinige Abschaltung zum 31. Dezember 2014 soll es nicht geben.

27

28 In einer sich rasch wandelnden Medienwelt kommt der Medienkompetenzförderung
29 immer stärkere Bedeutung zu. Wir wollen hier auch weiterhin starke professionelle
30 Akzente setzen. Wir wollen die Medienpädagogik als vernetzten Bestandteil schuli-
31 scher Ausbildung und außerschulischer Bildungsangebote u. a. der Landesmedienan-
32 stalt stärken.

33

34 Die wirtschaftliche Filmförderung generiert Regionaleffekte, die ein vielfaches der
35 hierfür eingesetzten Fördermittel betragen. Daher wollen wir die Fördermöglichkeiten
36 der Mitteldeutschen Medienförderung durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus-
37 bauen, um Sachsen als Produktionsstandort weiter voranzubringen.

38

- 1 Wir wollen die Regelungen zur Transparenz der Eigentumsverhältnisse an Medienun-
- 2 ternehmen präzisieren. So sollen beispielsweise die Beteiligungen von Unternehmen,
- 3 Parteien und Verbänden an Medienunternehmen offengelegt werden.

1 **Europa und Internationale Beziehungen**

2

3 *Mit der Erweiterung der Europäischen Union ist Sachsen in ihre Mitte gerückt. Die*
4 *Lage Sachsens als Nachbar von Polen und Tschechien ist eine große Chance, die in-*
5 *ternationale Zusammenarbeit und Integration im Alltag zu leben und voranzubringen.*
6 *Dabei wollen wir in der Region Sachsen-Böhmen-Niederschlesien an Traditionen an-*
7 *knüpfen und den Gesamttraum stärken.*

8

9 *Gute internationale Beziehungen sind für Sachsen von hoher Bedeutung. Die Kontakte*
10 *in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen wollen wir pflegen*
11 *und weiterentwickeln. Sachsens Internationalität beschränkt sich nicht nur auf die Be-*
12 *ziehungen zu anderen Ländern und Regionen oder die sächsische Europapolitik. Hier-*
13 *zu gehören auch Offenheit, Toleranz und Integration.*

14

15 *Sachsen hat in den vergangenen Jahren von der finanziellen Unterstützung der Euro-*
16 *päischen Union profitiert. Unsere europapolitischen Aktivitäten werden wir darauf*
17 *ausrichten, gemeinsam mit den Institutionen der Europäischen Union am weiteren*
18 *Aufbau und der Modernisierung Sachsens zu arbeiten. Wir werden die Interessen*
19 *Sachsens in Europa stärken.*

20

21

22 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

23

24

25 Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Entscheidungen demokratischer, transparenter und
26 bürgernäher gefällt werden.

27

28 Wir werden auf das Einhalten von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit bei EU-
29 Entscheidungen achten und uns für Deregulierung sowie Bürokratieabbau bei der EU
30 engagieren. EU-Recht und EU-Standards werden wir grundsätzlich nur 1:1 umsetzen.

31

32 Wir wirken im Rahmen der EU-Haushaltsreform darauf hin, dass sich die künftige Fi-
33 nanzierung der Europäischen Union an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Transpa-
34 renz orientiert. Der Beitrag des Gemeinschaftsbudgets muss auch künftig subsidiär
35 und komplementär zu der nationalen Finanzierung von Vorhaben sein. Direkte und

1 indirekte eigene Steuern der Europäischen Union lehnen wir daher ebenso ab, wie die
2 Möglichkeit der EU, Kredite aufzunehmen.

3

4 Wir setzen alles daran, dass auch nach 2013 EU - Fördermittel für alle sächsischen
5 Regionen und die sächsischen Aufgabenschwerpunkte auf höchst möglichem Niveau
6 zur Verfügung stehen.

7

8 Wir werden uns intensiv dem Einwerben und der nachhaltigen Nutzung von EU-
9 Mitteln insbesondere aus der Regional-, Agrar- und Forschungspolitik widmen.

10

11 Um die Konsolidierung, den Aufholprozess und den inneren Zusammenhalt der Euro-
12 päischen Union nicht zu gefährden, werden wir darauf achten und hinwirken, dass die
13 Beitrittsvoraussetzungen im Rahmen von EU-Erweiterungen strikt eingehalten wer-
14 den.

15

16 Wir setzen uns für die Verwendung der deutschen Sprache als EU-Arbeitssprache ein
17 und wirken damit auf eine Gleichbehandlung mit dem Englischen und Französischen
18 hin.

19

20 Zur Umsetzung der Grundsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissa-
21 bonvertrag wird die Staatsregierung die Berichterstattung gegenüber dem Landtag
22 weiter verbessern.

23

24 Bei EU - relevanten Themenschwerpunkten werden wir gemeinsam mit anderen Regi-
25 onen in Europa und mit europäischen Institutionen eng und ergebnisorientiert koope-
26 rieren.

27

28 Wir werden die trinationale Zusammenarbeit im Länderdreieck Sachsen-Böhmen-
29 Niederschlesien ausbauen, um die Gesamtregion im globalen Wettbewerb zu stärken
30 und ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort, Kultur- und Tourismusregion zu stei-
31 gern.

32

33 Wir werden das Zusammenwachsen der Wirtschafts- und Kulturregion Sachsen-
34 Böhmen-Niederschlesien durch eine stärkere Verzahnung der Raumplanung, den wei-
35 teren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und ein besseres grenzüberschreitendes Regio-
36 nalmanagement unterstützen.

1

2 Wir bauen die Zusammenarbeit mit traditionellen Partnern wie den USA, Russland
3 und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf ausgewählten Gebieten bezie-
4 hungsweise mit regionalen Schwerpunkten aus und intensivieren die Beziehungen zu
5 Wachstumsregionen in Asien und der arabischen Welt. Wir verbinden die Pflege und
6 Entwicklung der Außenbeziehungen eng mit der Außenwirtschaftsstrategie.

7

8 Die Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen wollen wir weiter intensivieren. Da-
9 bei werden wir den interkulturellen Austausch und Kooperationen in den Bereichen
10 Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft weiter ausbauen.

1 **Justiz und Recht**

2

3 *Der demokratische Rechtsstaat garantiert die individuellen Freiheits- und Schutzrechte wie auch die Sicherheit seiner Bürger und das Gewaltmonopol des Staates. Vor dem Hintergrund der totalitären Erfahrungen wissen wir in Sachsen die Freiheit und*
4 *Rechtsstaatlichkeit besonders zu schätzen. Wir sind uns des gesamtgesellschaftlichen*
5 *Stellenwertes einer unabhängigen, leistungsstarken Justiz bewusst.*

8

9 *In einem modernen Staat ist die Justiz auch Dienstleister für Bürger und Unternehmen. Sie haben einen Anspruch auf zügige Verfahren – sei es bei Gerichtsverhandlungen oder bei Registereintragungen. Dabei gilt es, das Vertrauen in die Justiz als Teil*
10 *des Staates zu stärken.*

13

14 *Sachsens Justiz ist offen für technologische Entwicklungen und sich daraus ergebende,*
15 *mögliche strukturelle Veränderungen.*

16

17

18 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

19

20

21 Wir wollen die Präsenz der Justiz in der Fläche mit einer angemessenen und an anderen Ländern orientierten Personalausstattung gewährleisten. Von den Möglichkeiten der Zuständigkeitskonzentration an einzelnen Standorten soll Gebrauch gemacht werden, soweit der Zugang zur Justiz dadurch nicht beeinträchtigt wird.

25

26 Wir setzen uns für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor den von Intensiv- und Rückfalltätern ausgehenden Gefahren, insbesondere für die dringend notwendige Reform der Sicherungsverwahrung ein. Ziel ist eine Regelung, mit der die Gefährlichkeit eines Täters zum Zeitpunkt einer möglichen Entlassung berücksichtigt werden kann.

30

31 Wir wirken auf eine stärkere Berücksichtigung der Opferinteressen in Strafverfahren hin. Wir bauen Beratungs- und Hilfsangebote sowohl zur Verarbeitung der unmittelbaren Tatfolgen aus und begleiten die Opfer auch während des Strafverfahrens.

34

1 Wir gewährleisten einen sicheren und modernen Strafvollzug einschließlich moderner
2 ambulanter Resozialisierungsmethoden und tragen damit zur Vermeidung von Rück-
3 falltaten bei. Insbesondere bei der Entlassungsvorbereitung werden externe Stellen
4 frühzeitig eingebunden. Der Notwendigkeit eines stärker differenzierten und speziali-
5 sierten Behandlungsvollzuges soll durch die Herausbildung spezieller Profile in den
6 einzelnen Anstalten Rechnung getragen werden.

7 Wir werden die sozialen Dienste der Justizvollzugsanstalten stärken, mehr Arbeits-
8 möglichkeiten und bessere Suchttherapieangebote für die Gefangenen schaffen.

9

10 Das Pilotprojekt für junge Intensivtäter wird fortgeführt. In Großstädten wollen wir
11 eine Verfahrensbeschleunigung im Jugendstrafrecht durch eine räumliche Konzentra-
12 tion der beteiligten Behörden erreichen.

13

14 Wir wollen die Bewährungshilfe stärken und das bei einer engeren Zusammenarbeit
15 zwischen Bewährungshelfern, sozialen Diensten, Staatsanwaltschaften, Polizei und
16 Justizvollzug entstehende Potential zur Vermeidung künftiger Straftaten besser nutzen.
17 Sachsen beteiligt sich auf Bundesebene an der Prüfung des gesetzgeberischen Hand-
18 lungsbedarfs.

19

20 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Voraussetzungen zu schaffen,
21 um die Finanz-, die Sozial- und die Verwaltungsgerichtsbarkeit zusammenlegen zu
22 können.

23

24 Wir werden mit dem elektronischen Rechtsverkehr (ERV) die rechtsverbindliche
25 elektronische Kommunikation zwischen Gerichten, Justizbehörden und Verfahrensbe-
26 teiligten schrittweise bis zum 31. Dezember 2012 einführen. Über den an Registerge-
27 richten bereits praktizierten ERV hinaus soll ein Pilotprojekt in der Sozialgerichtsbar-
28 keit eingerichtet werden. Bei erfolgreicher Pilotierung sollen weitere Gerichte bzw.
29 Gerichtsbarkeiten einbezogen werden.

30 Wir werden die Vorteile elektronischer Verfahren – wie zum Beispiel weitgehend von
31 Zeit und Ort unabhängige Einsicht in Register und Grundbuch - nutzen und die Zu-
32 ständigkeit für die Führung von Vereinsregistern bei den Präsidialamtsgerichten kon-
33 zentrieren. Die Zuständigkeit für die Führung des elektronischen Grundbuchs soll auf
34 fünf Amtsgerichte konzentriert werden.

35

36 Wir werden die Verwaltungsvorschrift „Normerlass“ dahingehend ändern, dass die
37 Ressorts beim geplanten Erlass einer Norm zwingend andere Normen benennen müs-
38 sen, die dafür gestrichen werden sollen. Zudem werden wir bei Gelegenheit jeder

1 Normänderung das gesamte betroffene Regelwerk auf Deregulierungsmöglichkeiten
2 überprüfen.

3

4 Wir halten an einem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdien-
5tes fest.

6

7 Wir streben an, das Widerspruchsverfahren auf wenige besondere Verfahrensarten und
8Verfahrensgegenstände zu beschränken.

9

10 Wir werden die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens prüfen und ggf. dafür ei-
11ne gesetzliche Grundlage schaffen.

12

13

14

1 **Innenpolitik und Sicherheit**

2

3 *Sachsen gewährleistet einen hohen Standard im Bereich der Inneren Sicherheit. Die*
4 *öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, ist als Kernaufgabe des Staates*
5 *eine Voraussetzung für Lebensqualität sowie ein Standortfaktor für die Wirtschaft.*
6 *Grundsätzlich gilt es, die Ausstattung und Arbeit der Sicherheitsbehörden an der je-*
7 *weiligen Sicherheitslage und den jeweiligen Gefährdungen auszurichten. Hierzu gehö-*
8 *ren auch die Bereiche Terrorismus, Extremismus oder Internetkriminalität. Die perso-*
9 *nelle und technische Ausstattung sowie der rechtliche Handlungsrahmen der Polizei*
10 *müssen den jeweiligen Anforderungen gerecht werden.*

11

12 *Am hohen Stellenwert des Politikfeldes „Innere Sicherheit“ wird sich daher nichts än-*
13 *dern, denn Prävention und Kriminalitätsbekämpfung sind wichtige Aufgaben. Dabei*
14 *gilt es jedoch, die richtige Balance zwischen den verfassungsmäßig garantierten*
15 *Grundrechten der Bürger und den staatlichen Eingriffen zum Schutz der Sicherheit der*
16 *Bürger zu finden.*

17

18 *Der Brand- und Katastrophenschutz muss auch mit Blick auf die demographische*
19 *Entwicklung auf höchstem Niveau gewährleistet sein.*

20

21

22 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

23

24

25 Wir werden eine an der Sicherheitslage und Aufgabenstellung angemessene und an
26 anderen Ländern orientierte Personalausstattung der Polizei gewährleisten. Der be-
27 schlossene Stellenabbauplan bei der Polizei wird fortgesetzt. Unter dieser Vorausset-
28 zung erklären sich die Koalitionspartner zur Verjüngung der Polizei bereit einen Ein-
29 stellungskorridor für 300 junge Polizistinnen und Polizisten zur Stärkung der
30 Polizeidienststellen vor Ort zu schaffen.

31

32 Wir werden die flächendeckende Präsenz und Einsatzfähigkeit der Polizei, besonders
33 in den Grenzregionen, garantieren. Dazu werden wir die grenzüberschreitende Zu-
34 sammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit Polen und Tschechien und die Aufrechter-
35 haltung des Fahndungsschleiers im grenznahen Raum als wesentliche Garantien für die
36 Gewährleistung eines hohen Maßes an Sicherheit im grenznahen Raum ausbauen.

37

1 Wir werden die Einführung des BOS-Digitalfunk und die integrierten Leitstellen kon-
2 sequent voranbringen.

3

4 Wir wollen den Service und die Qualität für die Polizeibeamten verbessern und streben
5 unter anderem an, das Beschaffungswesen der Polizei privatwirtschaftlich zu organi-
6 sieren.

7

8 Wir werden die Bemühungen zur Verbesserung des Strafrechtsschutzes der Polizeibe-
9 diensteten weiter fortsetzen und darauf hinwirken, dass Gewalttätigkeiten gegen Poli-
10 zeibeamte stärker bestraft werden.

11

12 Wir werden das Polizeigesetz unter Beachtung neuer Gefahren novellieren. Dazu ge-
13 hören:

- 14 - der anlassbezogene Einsatz mobiler Kennzeichenerkennungssysteme;
- 15 - die Regelung der effektiven Videoüberwachung öffentlicher Plätze und öffent-
16 licher Verkehrsmittel;
- 17 - die Anpassung an die geänderte Struktur der Zollverwaltung des Bundes;
- 18 - die Erleichterung der Wohnungsdurchsuchung bei Entführungsfällen;
- 19 - die Erhöhung der Frist zur Wohnraumverweisung auf zwei Wochen;
- 20 - die Einführung der elektronischen Signatur im digitalen Berichtsverkehr von
21 Polizei zur Staatsanwaltschaft, um Medienbrüche zu vermeiden.

22

23 Mit Blick auf die Bedrohung durch die organisierte Kriminalität, den Drogenhandel
24 und den internationalen Terrorismus ist die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehör-
25 den zu gewährleisten.

26

27 Wir werden alle versammlungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen und bis zum 13. Feb-
28 ruar 2010 das Versammlungsrecht ändern, um Extremisten in Sachsen deutliche Gren-
29 zen zu setzen.

30

31 Wir werden das Gesamtkonzept Fußball zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten wei-
32 terhin konsequent umsetzen und den Informationsaustausch zwischen Polizei, Verei-
33 nen und Fanclubs intensivieren. Im Fußball-Umfeld werden wir Fanprojekte auch
34 künftig unterstützen.

1

2 Durch präventive Handlungsstrategien, frühzeitige Aufklärung und effektive Abwehr
3 werden wir politisch motivierte Straftaten gezielt bekämpfen.

4

5 Wir setzen uns dafür ein, die Internetkriminalität vor allem zum Schutz von Kindern
6 und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen und die dafür notwendigen Grundlagen für
7 Polizei und Justiz zu schaffen.

8

9 Wir werden Graffiti-Schmierereien effektiv bekämpfen und bestehende Eingriffsmög-
10 lichkeiten bei der Telefonüberwachung auch auf Internettelefonie ausdehnen.

11

12 Wir werden die Präventionsarbeit der Polizei weiter verstärken. Dazu werden wir auch
13 die örtlichen kriminal - präventiven Räte unterstützen.

14

15 Wir verteidigen unsere freiheitlich - demokratische Grundordnung gegen die Extre-
16 misten von links und rechts.

17

18 Wir wollen den Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie unser En-
19 gagement für Demokratie und Toleranz auf Dauer verstetigen und das Programm
20 „Weltoffenes Sachsen“ fortführen. Hierzu bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes im
21 Sinne einer Verzahnung der unterschiedlichen Aktionsbereiche „Demokratieförde-
22 rung“, „Prävention“ und „Repression“.

23

24 Wir werden die öffentliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Phä-
25 nomenen des Extremismus, mit seinen Wirkmechanismen und Ursachen verstärken.
26 Zur Bekämpfung des Extremismus benötigen wir umfassende Erkenntnisse über die
27 Feinde von Freiheit und Demokratie. Der Landesverfassungsschutz hat hier seine
28 Kernaufgabe.

29

30 Wir werden das Verfassungsschutzgesetz weiterentwickeln und den Verfassungs-
31 schutz in seinen Kernkompetenzen stärken. Wir werden die Parlamentarische Kon-
32 trollkommission (PKK) im Sächsischen Landtag rechtlich und organisatorisch stärken.

33

34 Wir werden das mobile Einsatzkommando „Staatsschutz“ fortführen.

35

1 Wir unterstützen die Kommunen bei der Aufgabenerfüllung der flächendeckenden
2 Präsenz und Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zum Beispiel bei Investi-
3 tionen und bei der Einführung einer Feuerwehrrente auf der Basis einer Versiche-
4 rungslösung.

5

6 Wir werden die technische Ausstattung der Feuerwehren verbessern und die Freiwilli-
7 gen Feuerwehren und Rettungsdienste in ihrem Bemühen unterstützen, auch in Zu-
8 kunft eine ausreichende Zahl ehrenamtlicher Mitglieder zu gewinnen. Aus- und Wei-
9 terbildung an der Landesfeuerweherschule werden gesichert, verbessert und
10 weiterentwickelt. Dabei streben wir eine stärkere Kooperation mit anderen Bundeslän-
11 dern an. Insbesondere werden wir die Jugendfeuerwehren bei der Nachwuchsgewin-
12 nung unterstützen und das Eintrittsalter für die Jugendfeuerwehr herabsetzen.

13

14 Wir werden die flächendeckende Versorgung durch Rettungsdienste innerhalb der
15 gesetzlichen Hilfsfristen sicherstellen und für die Durchführung rechtssicherer Verga-
16 beverfahren im Rettungsdienst Sorge tragen. Wir werden die Bergwacht in Sachsen in
17 ihrer ehrenamtlichen Arbeit stärken.

18

19 Wir tragen dafür Sorge, dass der Katastrophenschutz auf hohem Niveau aufrecht erhal-
20 ten bleibt.

21

22 Rettungsdienst und Katastrophenschutz sollen kooperierend auch grenzübergreifend
23 organisiert werden.

24

25 Die Koalitionspartner werden das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärker
26 im Bewusstsein der Bevölkerung und der Verwaltung verankern.

27

28 Zur Verbesserung des Datenschutzes im öffentlichen und privaten Bereich werden wir
29 die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Dazu werden wir das sächsische Meldege-
30 setz weiterentwickeln.

1 **Bürgernahe Verwaltung**

2

3 *Die Verwaltung ist für den Bürger da. Transparenz und Bürgernähe der sächsischen*
4 *Verwaltung sind Prinzipien, denen wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen.*
5 *Dabei wollen wir den Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einbeziehen.*

6

7 *Zugleich steht die Verwaltung im Freistaat verschiedenen Entwicklungen wie der Glo-*
8 *balisierung, dem technischen Fortschritt und dem demografischen Wandel gegenüber,*
9 *auf die sie flexibel reagieren muss. Zum einen werden wir den technischen Fortschritt*
10 *noch stärker im alltäglichen Verwaltungshandeln nutzen. Die Verwaltung muss 24*
11 *Stunden am Tag für den Bürger erreichbar sein. Dazu nutzen wir die Online-*
12 *Verwaltung wie zum Beispiel das „Amt24“. Zum anderen werden wir die Potenziale*
13 *zur effizienteren und konzentrierten Aufgabenerfüllung noch besser erschließen und*
14 *auch die Abläufe und Prozesse optimieren.*

15

16 *Bei all unseren Bemühungen, die Verwaltung weiterzuentwickeln gilt der Leitsatz, dass*
17 *die Verwaltung auch künftig in der Lage ist, ihre Dienste für Bürger und Wirtschaft in*
18 *hoher Qualität, kostengünstig, zeitnah und rechtssicher zu erbringen.*

19

20

21 Die Koalitionspartner vereinbaren dazu:

22

23

24 Unabhängig von dem Vorhaben einer grundlegenden Staatsmodernisierung werden
25 wir die staatlichen Aufgaben laufend überprüfen und die Arbeit der Verwaltung auf
26 ihre Kernaufgaben konzentrieren. Der ständige Prozess der Verwaltungsmodernisie-
27 rung basiert auf den Grundsätzen Aufgabenverzicht, Privatisierung, Kommunalisie-
28 rung sowie Bündelung und Konzentration verbleibender staatlicher Tätigkeit und sozi-
29 aler Ausgewogenheit. Alle Ressorts sollen bis zum Ende der Legislaturperiode 20
30 Prozent ihrer Vorschriften abgebaut haben.

31

32 Wir werden einen Normenkontrollrat einsetzen, der Vorschläge unterbreitet, wie der
33 Freistaat sinnvoll Bürger und Wirtschaft von Kosten befreien kann u .a. mit einem
34 Standard-Kosten-Modell.

35 Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen Bürokratieabbau. Dazu streben wir unter
36 anderem die deutliche Reduzierung der Vorkaufsrechte an. Wohngrundstücke und

1 Kleingärten sollen vom Geltungsbereich kommunaler Baumschutzsatzungen ausge-
2 nommen werden.

3

4 Wir werden die Landesdirektionen zusammenfassen. Wir streben einen umfassenden
5 Organisationsentwicklungsprozess mit dem Ziel der Verschlinkung und Aufgabenre-
6 duzierung an.

7

8 Wir werden verstärkt moderne Formen wie einheitliche Ansprechpartner oder Geneh-
9 migungsfiktionen einsetzen und Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren soweit
10 möglich straffen und vereinfachen. Dazu stellen wir die Qualität der Dienstleistungen
11 verstärkt in den Mittelpunkt des Verwaltungshandelns.

12

13 Wir streben an, dass Bürger und Unternehmen ihre Anliegen bei der sächsischen Ver-
14 waltung auf elektronischem Wege erledigen können. Die öffentliche Verwaltung soll
15 auf Basis des Angebots „Amt24“ des Freistaats soweit wie möglich auf elektronische
16 Kommunikation umgestellt werden. Für Bürger, die das Internet nicht nutzen, werden
17 alternative Angebote (mobile Bürgerservices etc.) bereitgestellt.

18 Wir werden gemeinsam mit der kommunalen Familie die ebenenübergreifenden, elekt-
19 ronischen Verwaltungsabläufe standardisieren und eine gemeinsame, einheitliche In-
20 frastruktur aufbauen. Wir schaffen mit einem E-Government-Gesetz den rechtlichen
21 Rahmen für den Einsatz elektronischer Verfahren in der Verwaltung.

22

23 Wir konsolidieren den Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste und führen die
24 Zentralisierung der IT-Aufgaben weiter.

25

26 Wir verpflichten uns, dass die Ressorts im Fördervollzug auf Basis von Zielvereinba-
27 rungen abgestimmte und abrechenbare Ziele verfolgen. Die Förderung wird sowohl in
28 den jeweiligen Ressorts als auch durch ein übergreifendes Fördercontrolling nach ein-
29 heitlichen Strukturen, Grundsätzen und Zielen gesteuert.

30

31 Wir werden das Abgeordnetengesetz und das Ministergesetz überprüfen.

32

33 Wir werden das Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht in Sachsen mit dem Ziel
34 reformieren, ein flexibles, transparentes leistungsorientiertes und einfaches Recht zu
35 schaffen, das weitere Anreize für qualifizierte Bewerber bietet, sich beim Freistaat zu
36 bewerben. Wir werden den Leistungsanteil an der Besoldung erhöhen.

1

2 Um die hohe Qualität und Zuverlässigkeit unserer Mitarbeiter zu sichern, werden wir
3 die regelmäßige Weiterbildung verstärken.

4

5 Zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden finden regel-
6 mäßige Konsultationen statt.

7

8 Wir unterstützen weiterhin freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen. Um den
9 Kommunen dabei fachliche und rechtliche Orientierung zu geben, werden Rahmenbe-
10 dingungen erarbeitet.

11

12 Wir werden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels neue Formen der orts-
13 nahen Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen erproben und die Kommunen da-
14 bei unterstützen.

15

16 Wir wollen die Öffentlichkeit vor der Verabschiedung von Gesetzen und Verordnun-
17 gen auf der landeseigenen Internetplattform informieren und einbeziehen.

18

19 Wir werden die politische Bildung stärken. In Schüler- und Jugendparlamenten oder
20 Rollenspielen sollen junge Menschen Erfahrungen und Erkenntnisse über Abläufe und
21 Zusammenhänge unseres politischen Systems sammeln, die im klassischen Schulun-
22 terricht nur schwer zu vermitteln sind. Dafür werden wir die Arbeit der Landeszentrale
23 für politische Bildung profilieren.

1 Staatsmodernisierung

2

3 Mit dem Auslaufen des Solidarpakt Ende 2019 steht Sachsen vor großen Herausforde-
4 rungen. Diesen Herausforderungen wird sich der Freistaat Sachsen stellen und bereits
5 jetzt Vorsorge dafür treffen, dass der erfolgreiche Weg des Freistaates seit der friedli-
6 chen Revolution auch nach 2020 seine Fortsetzung findet. Die Verwaltung und alle
7 öffentlichen Bereiche des Freistaates haben einen herausragenden Anteil an der guten
8 Entwicklung unseres Landes und haben Aufschwung, Wachstum und Wohlstandsmeh-
9 rung seit 1990 entscheidend unterstützt. Wir streben an, dass die öffentliche Verwal-
10 tung auch ohne die bisherigen Transferleistungen aus dem Solidarpakt leistungsfähig
11 bleibt, sich weiter verbessert und einen hervorragenden Rahmen für Bürger und Un-
12 ternehmen schafft.

13

14 Wir wollen unseren Staat weiter stärken. Wir wollen ihn auf die wesentlichen Aufga-
15 ben konzentrieren und von überflüssigen Tätigkeiten befreien. Wir wollen die Erfül-
16 lung wichtiger Daseinsaufgaben eines modernen Sozialstaates langfristig sichern und
17 trotzdem unsere Bürger, vor allem unsere Berufstätigen, Familien und Senioren von
18 hohen Steuern und Abgaben sowie von überflüssiger Bürokratie entlasten.

19

20 Im Rahmen einer Staatsmodernisierung unterziehen wir den Freistaat einer umfassen-
21 den Aufgaben-, Ausgaben- und Strukturkritik mit dem Ziel, unser Land bis Ende 2019
22 finanziell auf eigene Beine zu stellen. Wir schaffen mit Blick auf die Sicherung politi-
23 scher Gestaltungsräume in Gegenwart und Zukunft in den nächsten zehn Jahren Ver-
24 waltungsstrukturen, die Sachsen auch aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel
25 nachhaltig zukunftsfähig, leistungsstark und demografiefest machen. Wir stehen für
26 einen selbstbewussten Freistaat, der seine Handlungsfähigkeit durch eine verantwor-
27 tungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik und das Setzen von wirtschaftlichen
28 Wachstumsimpulsen sichert und ausbaut.

1 **Zusammenarbeit der Koalitionspartner**

2

3 Die Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 5. Legislaturperiode des Sächsischen
4 Landtags. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungs-
5 handeln umzusetzen. CDU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition ge-
6 meinsam Verantwortung werden auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele vertrau-
7 ensvoll zusammenarbeiten.

8

9 **Landtag**

10 Beide Partner werden bei Abstimmungen im Parlament sowie in den Gremien ein ein-
11 heitliches Votum abgeben. Anträge, Gesetzesinitiativen und Große Anfragen sind nur
12 im Einvernehmen der Koalitionspartner einzubringen. Bei Unstimmigkeiten entschei-
13 det der Koalitionsausschuss. Wir wollen die Parlamentsarbeit stärken.

14

15 **Kabinett**

16 Bei Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Bedeutung sind, wird
17 im Kabinett keine Seite überstimmt. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit abwei-
18 chender Voten einzelner Minister in Sachfragen. Bei der Suche nach einer Einigung
19 kann der Koalitionsausschuss angerufen werden.

20 Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP können an der Kabinettsitzung teil-
21 nehmen.

22 Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung der Staatsregierung.

23

24 **Bundesrat**

25 Mitglied des Bundesrates sind der Ministerpräsident und der stellvertretende Minister-
26 präsident. Die beiden weiteren Mitglieder des Bundesrates werden von der CDU be-
27 stimmt. Die übrigen Staatsminister sind stellvertretende Mitglieder des Bundesrates.

28

29 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Interessen des Freistaates Sachsen im
30 Bundesrat Vorrang haben. CDU und FDP vereinbaren, bei der Festlegung des Ab-
31 stimmungsverhaltens im Bundesrat nur übereinstimmende Entscheidungen zu treffen.
32 Kommt eine Einigung über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht zustande,
33 wird sich der Freistaat der Stimme enthalten.

34

35

1 **Koalitionsausschuss**

2 Die Koalitionspartner werden ihre Arbeit in Landtag und Regierung laufend und um-
3 fassend abstimmen.

4 Die Koalitionspartner verständigen sich darauf, einen paritätisch besetzten aus sechs
5 Mitgliedern bestehenden Koalitionsausschuss zu bilden. Dem Ausschuss gehören der
6 Ministerpräsident und sein Stellvertreter sowie die jeweiligen Partei- und Frakti-
7 onsvorsitzenden von CDU und FDP an. Im Falle einer Personenidentität hat der Par-
8 teivorsitzende ein weiteres Benennungsrecht.

9 Im Koalitionsausschuss werden vor allem abstimmungsbedürftige Fragen von grund-
10 sätzlicher Bedeutung einschließlich herausgehobener Personalentscheidungen geklärt.
11 Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen.

12 Der Koalitionsausschuss tritt regelmäßig oder auf Wunsch eines Koalitionspartners
13 zusammen.

14

15 **Ressortaufteilung**

16 Die CDU stellt den Ministerpräsidenten und die FDP seinen Stellvertreter.

17

18 Das Vorschlagsrecht zur Ernennung der Staatsministerinnen oder Staatsminister ob-
19 liegt für folgende Geschäftsbereiche

20

21 der CDU

22 Staatsministerium der Finanzen

23 Staatsministerium des Innern

24 Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

25 Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

26 Staatsministerium für Kultus und Sport

27 Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft

28 Staatskanzlei

29

30 der FDP

31 Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

32 Staatsministerium der Justiz und für Europa